

Umwelt und Freizeit

Umweltschutz

Auf legislativem Gebiet wurden die Arbeiten zur Erklärung des Gebietes Mauerbach zum geschützten Landschaftsteil fortgesetzt. Im Zuge der Vollziehung des Altölgesetzes wurde die Überprüfung sämtlicher Betriebe, die ihre Tätigkeit als Aufarbeiter gemeldet hatten, bezüglich der Eignung ihrer Anlagen für die Verbrennung oder sonstige Aufarbeitung von Altöl veranlaßt.

Im Hinblick auf den Beitritt Österreichs zum Washingtoner Artenschutzabkommen hat die Abteilung umfangreiche Unterlagen aller in Österreich geschützten Pflanzen und Tiere erstellt und Vorgespräche mit den Vertretern der übrigen Bundesländer geführt.

Der Einsatz von Budgetmitteln für Subventionen erfolgte unter Bedachtnahme auf deren Verwendung im Sinne des Wiener Landschafts- und Naturschutzes.

Mit Hilfe der für den Verein Niederösterreich-Wien gemeinsame Erholungsräume eingesetzten Mitgliedsbeiträge konnten wieder einige von vielen Wienern genutzte Naherholungsgebiete saniert werden. Die sonstigen Budgetmittel der Abteilung wurden 1981 wieder für Projekte des Naturschutzes, der Luftreinhaltung, der Lärmbekämpfung und der Gewässergüte verwendet, die in ihren Ergebnissen Wege zur Verwirklichung der Ziele eines umfassenden Umweltschutzes aufzeigen und Entscheidungshilfen in den verschiedensten Verfahren, in denen Belange des Umweltschutzes zu berücksichtigen sind, liefern sollen.

In einer Studie über die Dringlichkeitsreihung von Lärm schutzmaßnahmen entlang von Bundesstraßen wurde eine Klassifikation des Bundesstraßennetzes in Wien, entsprechend der Lärmbelastung der Anrainer durch den Verkehrslärm, vorgenommen. Diese Reihung ergab erste Anhaltspunkte für die Dringlichkeit von vorzunehmenden Lärmschutzmaßnahmen, zum Beispiel Einbau von Lärmschutzfenstern. Jene Abschnitte des Bundesstraßennetzes, an denen weder Wohn- noch Bürogebäude errichtet sind, wurden als nicht relevant von der Reihung ausgeschlossen. Die Reihung der Dringlichkeit der Lärmschutzmaßnahmen wurde in Form eines Stadtplanes graphisch zum Ausdruck gebracht.

Die rasante Entwicklung der Motorisierung brachte vor allem für die dichtverbauten Gebiete der Städte große Probleme, die in erster Linie in der vermehrten Belastung der Umwelt durch Lärm und Schadgase und in der verminderten Verkehrssicherheit, vor allem schwächerer Verkehrsteilnehmer, bestehen. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, wurde ein Planungsprinzip entwickelt, das unter der Bezeichnung „Verkehrsberuhigung“ bekannt geworden ist. Dieses Planungsprinzip strebt eine Ordnung der Flächennutzung und des Verkehrs an, wobei die Ansprüche der Bevölkerung auf Immissionsschutz, Verkehrssicherheit und genügenden Freiraum berücksichtigt werden. Nach diesem Prinzip wurde im Stadterneuerungsgebiet Meidling-Wilhelmsdorf eine großangelegte Untersuchung durchgeführt, die die entscheidende Verbesserung der Lebensqualität besonders für die Bevölkerung in innerstädtischen Altbaugebieten zum Ziel hat und eine entscheidende Hilfestellung für Maßnahmen der Verkehrsorganisation bzw. Bezirksüberarbeitung darstellt.

Als Grundlage für die Beurteilung der zu erwartenden Umweltbelastung durch den Ausbau der Flötzersteig-Bundesstraße B 223 wurde eine Untersuchung durchgeführt, die sich auf jene Straßen erstreckte, die durch die Baumaßnahmen signifikante Änderungen in der Verkehrsstärke aufweisen werden. Zunächst wurde die Umweltbelastung durch den Verkehr im gegenwärtigen Straßennetz ermittelt, dann die Umweltbelastung durch den gleichen Verkehr im Straßennetz mit ausgebautem Flötzersteig. In dieser Betrachtungsweise wurden die Umweltbelastungen am Flötzersteig und im komplementären Straßennetz erfaßt und gegenübergestellt, das heißt, es wurde das gesamte von der Baumaßnahme beeinflusste Verkehrssystem betrachtet.

Die Schule Josef-Enslein-Platz ist erhöhten Lärmbelastungen durch die Autobahnverbindung A 23 ausgesetzt. Aus diesem Grund wurde eine Berechnung der derzeitigen Lärmsituation durch Simulation der Schallausbreitung in einer Datenverarbeitungsanlage mit Hilfe eines Schallausbreitungsmodells durchgeführt. Ein entsprechendes Schallschutzprojekt, ein Wall mit aufgeständerter Wand, kann nun auf Grund dieser Unterlagen seitens der ausführenden Abteilungen verwirklicht werden.

Zur Feststellung der zu erwartenden Lärm- und Abgasimmissionen, wie sie nach Ausbau des Handelskais und des damit in Beziehung stehenden übergeordneten Straßennetzes (Brigittenauer Brücke, Zufahrt zur Nordbrücke) zu erwarten sind, wurde eine Berechnung der Umweltbelastung jenes Abschnittes der B 10 – Budapester Bundesstraße, der vom Handelskai zwischen Nordbrücke und Brigittenauer Brücke gebildet wird, durchgeführt. Die Berechnungen der Immissionen basieren auf einer Abschätzung der Verkehrsstärken und erfolgten in ausgewählten Profilen der maßgebenden Verkehrswege, wobei auch der Schienenverkehr entsprechende Berücksichtigung fand. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sollen bei der Festlegung der Flächennutzung im betrachteten Bereich als Entscheidungshilfen dienen. Insbesondere soll die Möglichkeit einer Wohnbebauung zwischen Wehlistraße und Handelskai im Hinblick auf die Umweltbelastung durch den Verkehr beurteilt werden.

Für die Durchführung des städtebaulichen Ideenwettbewerbes für einen Teilbereich des 22. Bezirkes (Donaustadt 2000), bei dem unter anderem Vorschläge für Flächenwidmung und Bebauung im Bereich von Hauptverkehrs- und Verkehrsstraßen vorgesehen waren, wurden von der Abteilung Lärmprognosen für signifikante Querschnitte im betreffenden Gebiet erstellt.

In einem weiteren Projekt wurde die Lärmbelastung im Nahbereich des Straßenknotens „Nußdorf“ untersucht, die durch den vorgesehenen Vollausbau des Knotens Nußdorf nach Fertigstellung der B 14 noch stärker werden wird. Im Hinblick darauf wurden Lärmschutzmaßnahmen vorgeschlagen und zweckmäßige Maßnahmen nach einem Wirtschaftlichkeitskalkül, einer Kosten-Wirksamkeits-Analyse, ausgewählt. Ebenfalls zur Empfehlung von Lärminderungsmaßnahmen wurde das Sanierungsgebiet „Himmelfortgrund“ im Bereich Währinger Gürtel, Nußdorfer Straße und Währinger Straße auf die Lärmsituation hin untersucht.

Im Rahmen der Personenstands- und Betriebsaufnahme 1982 soll eine zweite Wiener Umwelterhebung durchgeführt werden. So wurden seitens der Abteilung die entsprechenden Vorarbeiten mit dem Österreichischen Institut für Raumplanung (Fragenbogenerstellung, Organisation und Durchführung, Überwachung, Berichterstellung) und MD-ADV (Auswertung) eingeleitet. Diese neuerliche Umwelterhebung wird mit ihren für die Umweltbelastung so wesentlichen Aussagen im Jahre 1983 vorliegen.

Durch das *Naturschutzreferat* der Abteilung wird das ökologische Teilgebiet des Umweltschutzes wahrgenommen. Die grundsätzlichen Ziele und Aufgaben des Naturschutzes sind im Wiener Naturschutzgesetz rechtlich abgesichert.

Der Verwirklichung dieser Ziele dienen 1981 unter anderem folgende Maßnahmen: Die Beurteilung von Bauvorhaben aller Art hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Landschaftsbild und/oder den Landschaftshaushalt bildete das größte Aktionsgebiet im Rahmen des Natur- und Landschaftsschutzes. In über 350 Ortsaugenscheinen und Verhandlungen wurden die notwendigen Grundlagen für den Vollzug des Naturschutzgesetzes geleistet. Da die Arbeit des Naturschutzes nicht zu stark oder rein empirisch erfolgen darf, wurde 1981 das Österreichische Institut für Raumplanung mit der Erstellung des Arbeitsbefehles „Biotopkartierung Wien“ beauftragt. Das Endergebnis dieser Tätigkeit wird 1986 vorliegen.

Die „Biotopkartierung Wien“ verfolgt folgende Ziele:

- Grundinformation zur Entscheidungsfindung bei Eingriffen in Natur und Landschaft sowie bei der Beurteilung von Planungen;
- Entwicklung einer Naturschutzstrategie, deren Ergebnis in einem Netz von Gebieten zur Erhaltung der vorkommenden Arten und Lebensgemeinschaften besteht. (Grundsätzlich wird Pflanzen- und Tierwelt gleichrangig behandelt. Aus Gründen der Methodik ist jedoch ein Übergewicht der vegetationskundlichen Ergebnisse zu erwarten);
- Erstellung von Bewertungskriterien von Biotopen unter besonderer Berücksichtigung korrespondierender Merkmale im biologischen und spektralen Erscheinungsbild (Verknüpfung der Ergebnisse der Biotopkartierung mit den vom Österreichischen Bundesinstitut für Gesundheitswesen bearbeiteten Fernerkundungsdaten Wien);
- Erarbeitung von Dringlichkeitsstufen zur Klärung, welche erhaltenswerten Objekte weiter zu untersuchen sind, welche Objekte unter rechtlichen Schutz gestellt werden sollen und welche sich zur Wiederherstellung von Lebensräumen eignen (schutzwürdige und entwicklungsfähige Landschaftsteile).

Im Bearbeitungszeitraum 1981 erfolgte die Erarbeitung der Methodik sowie eine Vorkartierung des 21. und 22. Bezirkes.

Als Grundlage für die geplante Erklärung des Gütenbachtals zum Naturpark wurde ein Vorbericht ausgearbeitet. Das behandelte Gebiet umfaßt das Gütenbachtal und angrenzende Gebiete im Südwesten Wiens, die den beiden Gemeindebezirken Hietzing und Liesing angehören. In einigen Punkten greifen Grundlagenzusammenstellung und Maßnahmenkatalog über die definierten Gebietsgrenzen hinaus, um der Vielfalt an Einflußfaktoren sowohl in kultureller, ökologischer Hinsicht, aber auch von seiten des Benützers her gerecht zu werden. Hierbei sind vor allem Fragen der Erschließung durch den öffentlichen und privaten Verkehr, die Bewältigung des bestehenden und in Hinkunft sich noch verstärkenden Problems der Parkplätze sowie die Erfordernisse der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit ihren Nutzflächen und die Abstimmung von notwendig gewordenen Maßnahmen des Schutzes von Landschafts- und Lebensräumen zu beachten. Die ständige Konfrontation mit Siedlungszonen und dem damit verbundenen Siedlungsdruck auf diese Gebiete und schließlich die Abstimmung von notwendig gewordenen Maßnahmen des Schutzes dieser Räume für die anzustrebende geordnete Entwicklung zu einem stark frequentierten Naherholungsraum machen die Komplexität der Aufgabenstellung deutlich. Aus den vorhin angeführten Gründen konnte sich die Betrachtung nicht allein auf die zu erhaltenden naturnahen Kerngebiete beschränken, sondern muß sich im hohen Grade gerade um die Randbereiche kümmern. Während versucht wird, diese Kernzone vor allzu hohem Publikumszuspruch zu verschonen, richten sich in den Randzonen alle Überlegungen danach, sie durch behutsame Eingriffe dem Publikum attraktiv zu machen.

Ziel des Vorberichts ist es, auf der Basis solcher Überlegungen ein Konzept vorzulegen, das einerseits für

übergeordnete Planungen (Flächenwidmung, Bebauungsplanung) eine Entscheidungshilfe im Hin und Her verschiedener Interessengruppen darstellt, andererseits kleinräumig konkrete Anregungen und Vorschläge zur Gestaltung der einzelnen Funktionsbereiche darlegt. Nicht zu vergessen ist, daß bei der sukzessiven Durchsetzung und Realisierung eines solchen Konzepts möglichst der Kontakt zu betroffenen Bevölkerungsschichten hergestellt werden soll, um einerseits zu erwartende Widerstände nach Möglichkeit auszuschalten bzw. andererseits sich der möglichen Mitarbeit der angrenzenden Bewohner zu versichern.

Für das Naturschutzgebiet Lobau wurden eine Begutachtung und Dokumentation der Wiederbesiedlung des Großenzersdorfer Armes durchgeführt, die auf Grund der großräumigen Veränderungen dieses Donaualtarmsystems durch Schotterbaggerungen erfolgte. Die Untersuchung belegt den derzeitigen Stand der Wiederbesiedlung und zeigt jene Punkte auf, die der Wiederherstellung eines naturnäheren Biotopcharakters entgegenstehen. Geeignete Aktionen, die Abhilfe schaffen, werden Gegenstand von Naturschutzmaßnahmen im Jahre 1982 sein.

Im Forschungsprojekt über das Auftreten submerser Makrophyten in Lobaugewässern wurde die makrophytische Wasservegetation der gesamten Lobau floristisch und pflanzenphysiologisch dargestellt. 150 pflanzenphysiologische Aufnahmen bilden die Grundlage für die Beschreibung von zehn Pflanzengesellschaften. Zur Ermittlung der Indikatoreigenschaften makrophytischer Wasserpflanzen wurden die Verbreitungsbilder mit chemisch-physikalischen Gewässeranalysen verglichen.

In den am 29. Jänner und am 2. März abgehaltenen Sitzungen des Naturschutzbeirates wurde über die Unterschutzstellung des Mauerbaches und der Schanzen am Bisamberg berichtet, Vorschläge zur Schaffung von Landschaftsschutzgebieten für landwirtschaftlich genutzte Landschaftsräume wurden zur Diskussion gestellt und als bedeutendes Vorhaben im Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel die beabsichtigte Erweiterung des Behindertenheimes „Am Himmel“ behandelt. Bei einer Exkursion konnten sich die Mitglieder des Naturschutzbeirates davon überzeugen, daß eine Erweiterung des Behindertenheimes mit den Zielen des Natur- und Landschaftsschutzes nicht in Einklang zu bringen ist.

Der Problematik der Salzstreuung wurde seitens des Naturschutzreferates durch versuchsweise Verwendung des Auftaumittels „Plantabon Eisex“ Rechnung getragen. Dieses Auftaumittel wird im Winter 1981/82 im Prater erprobt und hat den Vorteil, daß es Pflanzen nicht schädigt.

Die Überprüfung und graphische Darstellung sämtlicher Wiener Naturdenkmäler konnten abgeschlossen werden. So ist es nun möglich, auf Bezirksplänen im Maßstab 1 : 10.000 die jeweilige Lage eines Naturdenkmals sofort zu lokalisieren. Bei der Überprüfung wurde auch besonderes Augenmerk auf den Zustand des jeweiligen Naturgebildes gelegt, so daß etwaige Erhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen bzw. Aufhebungen der Unterschutzstellung in die Wege geleitet werden konnten. Insgesamt war es in rund 100 Fällen notwendig, Sofortmaßnahmen zu setzen. Da bei der Überprüfung festgestellt werden konnte, daß die Kennzeichnung der Naturdenkmäler in vielen Fällen nicht vorhanden bzw. nicht mehr als solche erkennbar war, hat die Abteilung neue, in den Stadtfarben Rot-Weiß gehaltene Kennzeichnungsplaketten anfertigen lassen, auf denen sowohl die Naturdenkmal-Nummer als auch die genaue Artbezeichnung ablesbar ist. Nach Vorliegen der neuen Plaketten wurde noch 1980 mit der Kennzeichnung der Naturdenkmäler begonnen. Im Jahre 1981 wurden 14 Naturgebilde durch Unterschutzstellung nach dem Naturschutzgesetz zu Naturdenkmälern erklärt, wovon die „Schanzen“ am Bisamberg die bemerkenswertesten sind.

Die Abteilung hat sich an der Herausgabe eines Sonderheftes der Vogelkundlichen Nachrichten aus Österreich „Egretta“ beteiligt, das unter dem Titel „Vogelwelt in der Großstadt Wien“ erschienen ist.

Um den Mauerbach, der im Jahre 1982 zum geschützten Landschaftsteil erklärt werden wird, vor Beeinträchtigungen und Verunreinigungen an der besonders exponierten Stelle entlang des Parkplatzes Hohe-Wand-Wiese zu schützen, wurde aus Mitteln der Abteilung eine physische Absperrung mittels Zaun und Bepflanzung errichtet.

Begonnen wurde 1981 eine Forschungsarbeit, die den Bestand und die Verbreitung der Höheren Pilze im Raum Wiens untersuchen soll. Höhere Pilze sind entscheidende Komponenten des Bodenlebens (Streuabbau) und spielen eine beachtliche Rolle als Symbionten fast aller heimischen Gehölze. Diese zusammenfassende Darstellung, die eine EDV-gerechte karteimäßige Erfassung ermöglichen soll, wird 1982 abgeschlossen sein. Auf Grund des großen Interesses in der Öffentlichkeit wurden von der Broschüre „Wiens Tümpel, Teiche und Augewässer“ 5.000 weitere Exemplare nachgedruckt. Die Ausgabe erfolgt vor allem an Schulen, aber auch an private Interessenten.

Zum Austausch von Erfahrungswerten sowie zur Vervollständigung der Kenntnisse waren Angehörige der Abteilung bei mehreren in- und ausländischen Kongressen vertreten, wie zum Beispiel bei der Tagung über Lärmbekämpfung im Kanton Zürich, der Neusiedler-See-Tagung, der Jahresversammlung der Deutschen Ornithologen-Gesellschaft, dem ECE-Seminar über Entschwefelung von Brennstoffen und Verbrennungsgasen in der BRD, der Konferenz Naturschutz und Erholung in Nationalparks, Naturparks und Naturschutzgebieten in England, bei dem Umweltsymposium in Salzburg, der Tagung der Internationalen Alpenschutzkommission

CIPRA, der Konferenz Committee of Senior Officials in Straßburg und bei der Kuratoriumssitzung des Instituts für Kommunalwissenschaften und Umweltschutz.

Studienreisen wurden durchgeführt zur Besichtigung und Überprüfung einer neuartigen Erdwallkonstruktion in Lennestadt bei Köln sowie zu verschiedenen Großkläranlagen in den USA. Weiters besuchten Mitarbeiter der Abteilung das Arbeitsseminar über den Stellenwert des Landschaftsbildes im Natur- und Landschaftsschutz und seine Bewertung sowie die Sitzungen der Arbeitsausschüsse „Radwege“ und „Lärmschutz“.

Ein wesentlicher Schritt zur effektiven Überwachung der Luftverschmutzung in Wien stellt die Installation eines Computers in der Abteilung dar, mit dem alle aktuellen Meßwerte der Luftmeßstationen abgefragt werden können, der aber auch die Berechnung von Auswirkungen neuer Emittenten auf die Luftsituation in Wien durchführen kann. Zur Zeit sind Programmpakete zur Berechnung von Großemittenten und zur Eruiierung von Verursachern von Geruchsbelästigungen bereits implementiert und einsatzbereit. Die Übertragung der Meßwerte von den einzelnen Luftmeßstationen wird allerdings erst in Zukunft möglich sein, wenn die Meßstationen mit Datenerfassungsgeräten ausgestattet sein werden, die im Auftrag der Abteilung entwickelt wurden. Die Meßzentrale in der Rathausstraße wurde bereits mit einer solchen automatischen Datenerfassungsstation ausgestattet, die in der Lage ist, bei Überschreiten von bestimmten Konzentrationsgrenzwerten automatisch Alarm auszulösen. Durch diese Ausrüstung wird es dann möglich sein, die aktuelle Luftsituation Wiens von einer Stelle aus zu überwachen. Die gesammelten Daten werden zudem automatisch in eine Umweltdatenbank der ADV eingespeichert, von wo aus sie für spezielle Untersuchungen vom Rechner der Abteilung aus rasch und einfach wieder abgefragt werden können.

Um diese Umweltdatenbank zu vervollständigen, wurde Prof. Reuter ersucht, alle in Wien jemals gemessenen SO₂- und Staubmeßwerte zusammen mit den meteorologischen Daten zu sammeln, zu kontrollieren und auf Computerband zu schreiben. Dieser Datensatz stellt eine äußerst wichtige Dokumentation der Luftsituation Wiens dar. Diese Datensammlung wurde schon daraufhin untersucht, wie häufig in Wien der Fall eingetreten ist, daß an mehr als der Hälfte der Meßstellen gleichzeitig eine SO₂-Konzentration von mehr als 0,8 mg/m³ — ein strenger Grenzwert zum Auslösen eines Smogalarms — aufgetreten ist. Maximal an vier Meßstellen wurden die Alarmkonzentrationen für SO₂ gleichzeitig überschritten. Weiters dienten diese Daten einer statistischen Untersuchung, die ergab, daß eine Prognose der SO₂-Konzentration für den folgenden Tag aus den SO₂-Konzentrationen und der Lufttemperatur des Vortages und der Windprognose des kommenden Tages möglich sein wird. Das Ergebnis dieser Arbeit wird ein sehr nützliches Instrument für die Verbesserung der Luftsituation in Wien darstellen: Es wird nun möglich, einen Tag vorher Großemittenten darauf aufmerksam zu machen, daß für den kommenden Tag eine Umstellung auf schwefelarme Brennstoffe wahrscheinlich erforderlich sein wird.

Eine weitere Forschungsarbeit der Abteilung sollte die Frage klären, wie zum Beispiel ein künftiges kalorischeres Kraftwerk möglichst umweltfreundlich in Wien errichtet werden kann. Aus den Ergebnissen ist ersichtlich, wo der optimale Standort ist und daß, wenn gleichzeitig eine forcierte Fernwärmenutzung gewährleistet ist, die Luftsituation durch ein solches zusätzliches Kraftwerk nicht verschlechtert, sondern unter Umständen sogar verbessert werden könnte. Diese Arbeit wurde zusammen mit dem Energiewirtschaftlichen Referat der Wiener Stadtwerke finanziert.

Eine Studie, die im Auftrag der Abteilung über die Möglichkeit der Reduzierung des Bleis in Vergasertreibstoffen gemacht wurde, hat wesentliche Argumente für die Durchführung der Benzinbleireduktion geliefert.

Sachverständige der Abteilung auf dem Gebiete der Luftreinhaltung haben bei der Formulierung des Wiener Feuerpolizeigesetzes und der Wiener Luftreinhalteneuordnung sowie in den Arbeitskreisen des Dampfkessel-Emissionsgesetzes mitgearbeitet. Die Ergebnisse des Forschungsvorhabens „Grünraumerhebung mit Hilfe der Fernerkennung“, das gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und dem Österreichischen Bundesinstitut für Gesundheitswesen durchgeführt wird, erlauben es erstmals, automatisch Klassifizierungen der Grünflächen Wiens nach geschädigten und gesunden Bäumen, nach Wiesen und verbautem Gebiet durchzuführen. Auch die Erstellung von rektifizierten Scannerstreifen im Stadtkartenschnitt 1 : 2.000 wurde für die Lobau und Teile der Innenstadt durchgeführt, so daß auch eine quantitative Auswertung einzelner Klassifizierungen möglich wurde. Außerdem wird der gesamte Grünraum innerhalb des Gürtels zur Zeit quantitativ und qualitativ erfaßt.

In der Magistratsabteilung 22 fielen 1.429 Geschäftsstücke an.

Stadtgartenamt

Die Magistratsabteilung 42, das Stadtgartenamt, wird betriebsähnlich geführt und ist im Voranschlag unter der Haushaltsstelle Nr. 8150 enthalten. Im Jahre 1981 wurden 1.784 öffentliche Gartenanlagen mit 16.704.046 m², 22 Lagerwiesen mit 826.475 m² und der „grüne“ Prater mit 6.033.042 m² gepflegt und erhalten, außerdem 73.184 Alleebäume in 1.346 Straßen auf einer Länge von 588.274 m betreut. Darüber hinaus waren für fremde Dienststellen 1.320 Wohnhausgärten mit 5.970.620 m², 236 Schulgärten mit 676.510 m², 197 Grünanlagen in Kindergärten und Horten mit 418.852 m², 8 Jugendspielflächen mit 14.182 m², 27 Grünflächen in

Kinderfreibädern mit 24.165 m², 13 öffentliche Grünflächen in Siedlungen mit 253.474 m² und die 260.000 m² großen Grünflächen im Strandbad Gänsehäufel gärtnerisch zu betreuen.

Mehrere Gartenanlagen mußten neu hergestellt, einige bereits bestehende Anlagen umgestaltet oder instand gesetzt werden. So wurde im 1. Bezirk am Franz-Josefs-Kai die im Vorjahr begonnene Ausgestaltung der Grünflächen fortgesetzt und abgeschlossen. In der Oberen Augartenstraße mußte nach dem Umbau der Straßenflächen mit der Herstellung der bestehenden Grünflächen begonnen werden. Die Ausgestaltung der Freiflächen in 2, Innstraße—Engerthstraße zu einem Kinderspielplatz wurde fortgesetzt und abgeschlossen. Die bestehende Parkanlage am Klopsteinplatz im 3. Bezirk wurde umgestaltet, die Wege- und Platzflächen mußten verbessert werden. Der Einsiedlerpark im 5. Bezirk wurde kultiviert, der bestehende Kinderspielplatz umgebaut. Im Bereich des Hochhauses in 5, Kohlgasse, wurde die bestehende Parkanlage umgestaltet und verschönert, zusätzlich konnten Kinderspielgeräte aufgestellt werden.

In Verbindung mit den Straßenbauarbeiten durch die Magistratsabteilung 28 konnte in 6, Gumpendorfer Straße, ein kleiner Park mit Sitzplätzen und neu gepflanzten Bäumen angelegt werden. Der Weghuberpark im 7. Bezirk wurde instand gesetzt und zu einem Barockgarten umgestaltet. Die Ausgestaltungsarbeiten zur Neuerstellung der früheren Parkanlage am Hamerlingplatz im 8. Bezirk konnten fortgesetzt werden. Der Arne-Carlsson-Park im 9. Bezirk wurde mit dem Einbau eines Kinderspielplatzes verbessert. Im Zuge der Umlandsanierung kam es in 10, Pichelmayergasse zur Begrünung brachliegender Flächen.

Im Betriebsbaugelände Laxenburger Straße konnten Rasenstreifen begrünt, außerdem Bäume gepflanzt werden. Im Zuge der Umlandsanierung wurden in der Eisenmengergasse Freiflächen begrünt. Am Humboldtplatz mußte die bestehende Anlage instand gesetzt und umgestaltet werden. Im 11. Bezirk kam es im Zuge der Umlandsanierung in der Braunhubergasse zur Begrünung von Freiflächen, ferner wurden in der Florian-Hedorfer-Straße die Herstellungsarbeiten für eine öffentliche Parkanlage zum Abschluß gebracht, in der Mühlangergasse weitere Freiflächen begrünt, ebenso in der Kaiserebersdorfer Straße neben den Gemeindebauten, in der Ohligsgasse schließlich Grünstreifen nach dem Straßenbau wieder angelegt. Im 12. Bezirk in der Vierthalergasse konnte ein öffentlicher Park mit einem Spiel- und Ruheplatz errichtet werden; in der Oswaldgasse kam es zur Herstellung von Grünstreifen, in der Rosagasse zur Errichtung eines Kinderspielplatzes. Am Schöpfwerk wurden die Arbeiten zur Herstellung einer öffentlichen Parkanlage fortgesetzt, in der Zanaschkagasse Rasenstreifen im Zuge der Umlandsanierung begrünt. In Verbindung mit dem Umbau des Vorplatzes beim Bahnhof Hütteldorf im 14. Bezirk konnte mit dessen gärtnerischer Ausgestaltung begonnen werden. In der Linzer Straße wurden Grünstreifen angelegt und Bäume gepflanzt, ferner der Reindlpark instand gesetzt und umgestaltet. Die bestehende Parkanlage am Reithoferplatz im 15. Bezirk wurde instand gesetzt und umgestaltet, in der Grimm-gasse im Zuge der Umlandsanierung ein Grünstreifen angelegt, in der Oelweingasse wurden die Arbeiten zur Herstellung einer öffentlichen Parkanlage fortgesetzt, ebenso im Bereich Diefenbachgasse — Stiegersgasse. Im 16. Bezirk in der Wichtelgasse konnten die Arbeiten für die Anlage eines öffentlichen Parkes fortgeführt werden, in der Sulmgasse wurde eine Grünfläche vor der neuen Wohnhausanlage hergestellt. In der Alszeile im 17. Bezirk wurden die Arbeiten für eine neue öffentliche Parkanlage zum Abschluß gebracht. Am Bischof-Faber-Platz im 18. Bezirk wurde die bestehende Parkanlage mit der Instandsetzung auch umgestaltet. In der Hockegasse kam es zur Errichtung eines Kinderspielplatzes, gleichfalls in der Börnergasse im 19. Bezirk.

Grünstreifen wurden angelegt in der Winarskystraße im 20. Bezirk. An der oberen und unteren Alten Donau im 21. und 22. Bezirk wurden im Zuge der Uferausgestaltung auch Bäume und Sträucher gepflanzt, im 23. Bezirk in der Gelben Heide und in der Perfektastraße Grünstreifen angelegt, in der Wohnparkstraße außerdem auch Sträucher gepflanzt. Im Wiener Flur schließlich konnten die Arbeiten zur Herstellung einer öffentlichen Parkanlage fortgesetzt werden. Außerdem wurden in verschiedenen Park- und Wohnhausanlagen bzw. Straßen 11.183 Bäume gepflanzt.

Wege und Platzflächen wurden staubfrei gemacht in 1, Rathauspark, 10, Triester Straße — Kundratstraße, Stefan-Fadinger-Platz und Arthaberplatz, in 12, Wilhelmsdorferpark, in 13, Anton-Langer-Gasse, Napoleonwald und am Wolfrathplatz, in 14, in der Parkanlage vor dem Hanusch-Krankenhaus und im Ferdinand-Wolf-Park, ferner in 17, Kongreßpark, 18, Türkenschanzpark und Pötzleinsdorfer Schloßpark, in 19, vor der Sievinger Kirche und im Wertheimsteinpark, in 21, Wasserpark, 22, Kagraner Brücke, im Reservgarten Hirschstetten und in der Erlaaer Straße vor dem Friedhof.

In 499 Fällen hat das Stadtgartenamt bei der Vollziehung des Baumschutzgesetzes mitgewirkt. Von den Organen des amtlichen Pflanzenschutzes wurden 6.926 Kontrollen in den Klein-, Siedler- und Privatgärten vorgenommen, außerdem 8 Vorträge und 3 Lichtbildervorträge zur Schulung der Gartenbesitzer abgehalten und 19 Tonfilmvorführungen veranstaltet. Auf Grund der Pflanzeneinfuhrverordnung mußten 4.704 Sendungen, darunter 893 Waggons und 2.364 Lastkraftwagen, gemäß Verordnung des Qualitätsklassengesetzes 5.106 Sendungen, darunter 1.668 Waggons und 3.436 Lastkraftwagen, überprüft werden. Für die Erhaltung der städtischen Grünanlagen, Schulgärten, Grünanlagen in Kindergärten und Horten sowie für die Herstellung neuer Gartenanlagen bzw. die Umgestaltung bestehender Anlagen wurden insgesamt 432,736.839 S ausgegeben, die Einnahmen betragen 24,154.941 S.

Bäder

Im Jahre 1981 standen 21 Warmbäder einschließlich 6 Volksbäder, 4 Warm- und Sommerbäder mit zusammen 9 Schwimmhallen, ferner 22 Sommer- und 26 Kinderfreibäder, insgesamt 63 städtische Bäder, zur Verfügung. Am Beginn des Jahres 1981 hingegen waren insgesamt 67 Badeanlagen in Betrieb.

Im Amalienbad war das Sonnenbad ganzjährig, das Wannbad ab Juni wegen Umbauarbeiten gesperrt. Der Betrieb im Ambulatorium wurde trotz Umbau bis August aufrechterhalten, Mitte September wurde es als Pachtbetrieb wieder eröffnet. Die Kinderfreibäder in 11, Hyblerpark, in 22, Kagran — Portnergasse, und in 17, Lorenz-Bayer-Platz, waren die ganze Saison aus technischen Gründen gesperrt. Die Kinderfreibäder in 19, Hugo-Wolf-Park, und in 23, Rodaun — Ambrosweg, haben nach größeren Instandsetzungsarbeiten den Betrieb in der Saison 1981 wieder aufgenommen.

Im Zuge größerer baulicher Leistungen, Neuerungen und Veränderungen wurde im städtischen Amalienbad die Generalsanierung des Bades fortgesetzt. Eine neue Brausebadabteilung und die Hälfte des neuen Ambulatoriums haben im September den Betrieb aufgenommen. Im Hallenbad Floridsdorf wurde mit der Erneuerung der elektrischen Anlage begonnen. Der Neubau des Hallenbades Kagran konnte fortgesetzt und der Rohbau fertiggestellt werden. Bei der Errichtung des Hallenbades Brigittenau waren umfangreiche Erdarbeiten vor der Fundierung notwendig. Im Dianabad wurde mit dem Einbau von Filter- und Desinfektionsanlagen für die Saunabecken begonnen, im Theresienbad mit der Erneuerung der Elektro-Anlagen. Im Jörgerbäd waren sicherheitstechnische Maßnahmen durchzuführen. Für die Versorgung der Duschen mit Warmwasser wurden im Strandbad Gänsehäufel Solaranlagen installiert. Das neuerbaute Buffet im Angelbad hat den Betrieb aufgenommen und wird sehr stark auch von Erholungsuchenden der „Dragonerwiese“ frequentiert. In den Sommerbädern konnte die Installation von Blitzschutzanlagen fortgesetzt werden. Mit den Generalinstandsetzungsarbeiten im Kinderfreibad in 22, Kagran — Portnergasse, wurde begonnen. Im Stadthallenbad konnten die Instandsetzungsarbeiten im Beckenbereich abgeschlossen werden.

Der Rückgang der Frequenz in den Warmbädern um 1,6 Prozent oder 50.459 Besucher ist weniger von Bedeutung, da hievon allein 48.247 Besucher auf die Medizinalbäder entfallen, die wegen Umbauarbeiten bis zur Übergabe an den Pächter im September nur eingeschränkt betrieben werden konnten. In den Schwimmhallen hat sich die Besucherzahl stabilisiert, es konnten sogar um 18.013 Badegäste mehr verbucht werden. Die Besucherzahl in den Saunabädern blieb annähernd konstant. Das leichte Absinken der Frequenz in den letzten drei Monaten des Jahres ist auf die Preiserhöhung und auf die sinkende Kapazität durch Einführung der vierstündigen Badezeit zurückzuführen. Zum Besuch der Wannbäder ist zu bemerken, daß die abnehmende Frequenz um 11,2 Prozent einem langjährigen Trend folgt. Bei den Brausebädern sank die Gesamtzahl der Badegäste nur unbedeutend um 0,2 Prozent, die Einzelbrausebäder wurden sogar stärker frequentiert, und zwar um 6,3 Prozent oder 25.313 Besucher.

Infolge der günstigen Witterung waren die Sommer- und Kinderfreibäder stark frequentiert. Ein Vergleich zum Vorjahr, das allerdings eine der schlechtesten Saisonen der letzten Jahre verzeichnen mußte, zeigt eine Zunahme der Besucher um 583.813 oder 48,4 Prozent. Auf den neu eingeführten FKK-Strand im Strandbad Gänsehäufel sei als besonderen Anziehungspunkt für Besucher hingewiesen.

Der Witterung entsprechend verzeichneten die Kinderfreibäder ebenfalls eine Zunahme der Frequenz um 50,4 Prozent oder 138.201 Besucher.

Insgesamt wiesen die städtischen Bäder im Jahre 1981 mit 5,399.020 Besuchern im Vergleich zum Vorjahr um 671.555 oder 14,2 Prozent mehr Badegäste auf. Auf die Brausebäder entfielen 791.439, auf die Wannbäder 76.334, auf die Dampf- und Saunabäder 754.874, auf die Schwimmhallen 1,522.039, auf die Medizinalabteilung im Amalienbad 51.737 und auf das Sonnenbad im Jörger- und Amalienbad 1.056 Besucher. Die Sommerbäder waren von insgesamt 1,789.105, die Kinderfreibäder von 412.436 Badegästen frequentiert.

Wasserbau

Im Rahmen des Donauhochwasserschutzes Wien wurden am rechten Donauufer die Bauarbeiten für den „Rechten Donaudamm“ im Bauabschnitt I — Bereich Floridsdorfer Brücke bis Nordbahnbrücke — fortgesetzt und in den Bauabschnitten II/1 — Bereich Nordbahnbrücke bis Traisengasse — und III — Bereich Machstraße — begonnen. Außerdem waren die Projekte für den Dammbereich Holubstraße bis DDSG-Gebäude auszuarbeiten. Beim Bau des Entlastungsgerinnes wurde im Baulos 1, das sich vom Wehr 1 bis zum Hafen Lobau über eine Gesamtlänge von 9,4 km erstreckt, die Baggerung von der Ostbahnbrücke stromab bis zum Absturzbauwerk geführt und mit dessen Entfernung begonnen. Insgesamt sind im Baulos 1 drei Gerinneabschnitte mit einer Länge von 8,4 km ausgebagert worden, davon im Jahre 1981 rund 0,8 km. Die gewonnenen 12,4 Millionen m³ Aushubmaterial, davon 1981 rund 1,2 Millionen m³, wurden für den Ausbau der Dammverstärkung und der Donauinsel verwendet. Somit erhöhte sich das Ausmaß der fertiggestellten Ufer und Inselflächen im Baulos 1 um 30 auf 160 ha. Die Arbeiten für die Umlegung der Produktenleitung wurden von der

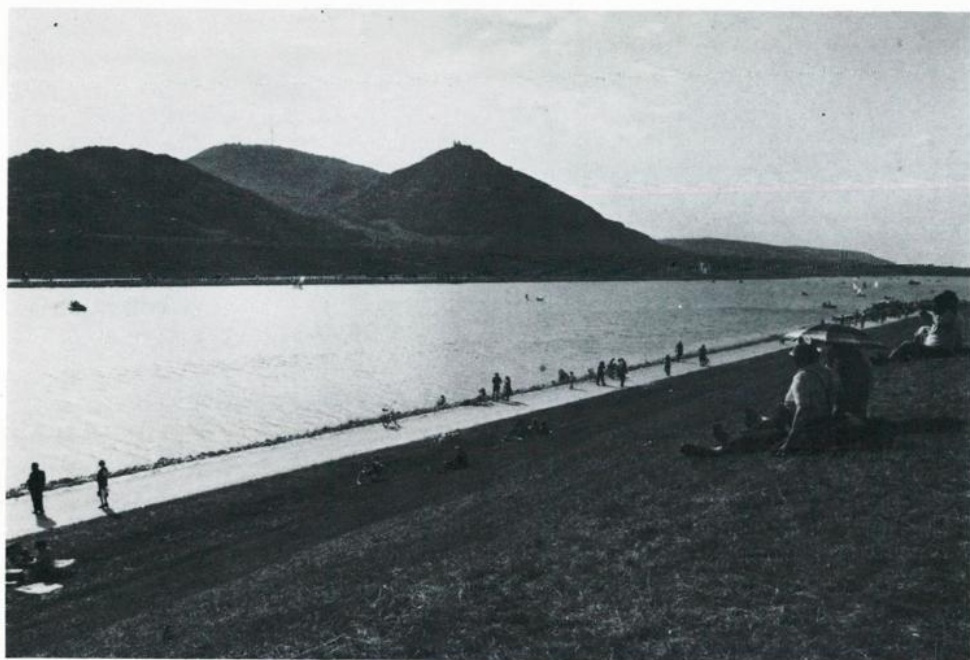


Amtsführender Stadtrat Peter Schieder (Umwelt und Freizeit) bei der Eröffnung des neugestalteten Hamerlingparks

Stadtgartenamt

Kinderspielplatz im Hamerlingpark





Der Nordteil der Neuen Donau, zwischen dem Einlaufwerk Langenzersdorf und der Floridsdorfer Brücke, konnte fertiggestellt werden

Wasserbau
Forstamt

Ein neues, fast sechs Hektar großes Stadtwäldchen steht den Bewohnern der Großfeldsiedlung als Freizeit- und Erholungsfläche zur Verfügung





Stemmvorführung in der „Franz-Hölbl-Sportanlage der Stadt Wien“ im 10. Bezirk, Heubergstättenstraße

Sport
Presse und Informationsdienst

Von der Stadtinformation im Rathaus werden täglich bis zu 400 Fragen beantwortet





Diese Gelenkbühne hat eine Hubhöhe von 30 m und kann bei Rettungseinsätzen, als Löschmast und zum Anschluß technischer Geräte verwendet werden

Feuerwehr und Katastrophenschutz

Durch Segmentbauweise können Einsatzfahrzeuge binnen 20 Minuten von Rüst- auf Sonderlöschfahrzeuge umgerüstet werden



Österreichischen Mineralölvertriebsgesellschaft weitergeführt und stehen vor dem Abschluß. Beim Bau des Bauloses 2, das sich vom Einlaufbauwerk Langenzersdorf bis zum Wehr 1 über eine Länge von 12 km erstreckt, konnte der Gerinneabschnitt um rund 0,8 km Länge erweitert werden, so daß ein geschlossener Gerinneabschnitt von 7,9 km Länge hergestellt ist. Die bisher gewonnenen rund 12,8 Millionen m³ Aushubmaterial, davon im Jahre 1981 rund 1,9 Millionen m³, wurden für den Ausbau der Dammverstärkung und der Donauinsel verwendet; rund 2,6 Millionen m³ Material mußten auf Deponien außerhalb des Baubereiches gelagert werden. Das Ausmaß der fertiggestellten Ufer- und Inselflächen stieg somit im Baulos 2 um 60 auf rund 200 ha. Mit den Arbeiten am Donaugrabendamms im Gemeindegebiet Langenzersdorf — dieser Damm stellt den Anschluß der Hochwasserschutzanlagen an den Bisamberg dar und ist rund 1,2 km lang — wurde begonnen. Im Bereich des Hafenumschließungsdammes Albern und des Alberner Hauptdammes wurde als Vorbereitung für den endgültigen Ausbau eine rund 800 m lange Rütteldruckwand hergestellt. Im Zuge der Erhaltungsarbeiten an den fertiggestellten Teilen der Neuen Donau und der Donauinsel wurden, neben diversen kleineren Arbeiten, 9 ha Uferböschung gemäht, 19 km Badestrände gesäubert und insbesondere nach Hochwässern die 20 km Treppelwege von Treib- und Schwemmgut geräumt.

Im Rahmen der Wasserwirtschaftlichen Planung und Hydrologie wurde im Jahre 1981 der Abteilung die Wahrnehmung der Pflichten des Wasserwirtschaftlichen Planungsorganes übertragen. Das bedeutet, daß alle Maßnahmen, die als Eingriff in den natürlichen Wasserkreislauf anzusehen sind, vor der Genehmigung durch die Wasserrechtsbehörde an die Zustimmung des Wasserwirtschaftlichen Planungsorganes gebunden sind.

Auf dem Gebiet der *Gewässeraufsicht* mußten neben der Routinearbeit, wie unter anderem der Prüfung genehmigungspflichtiger Projekte nach § 104 WRG 1959, der Kollaudierung wasserrechtlich genehmigter Anlagen, der Überprüfung von Anzeigen im Hinblick auf Gewässergefährdungen, nach 47 Ölunfällen zum Teil von Amtssachverständigen die komplizierten Instandsetzungsarbeiten überwacht werden. Insgesamt wurde an 401 Verhandlungen teilgenommen, ferner wurden 12 neue Kläranlagen, 10 Benzinabscheider, 43 Brunnenanlagen und 10 Wärmepumpenanlagen einem Genehmigungsverfahren zugeleitet. Weiters waren 38 Kollaudierungen sowie 31 Löschungen von Anlagen vorzunehmen und 1.538 Erhebungen und Überprüfungen durchzuführen. 20 Senkgrubenmißstände wurden behoben und an drei Feuerlöschbrunnen Sanierungsmaßnahmen gesetzt. Im Kleinlabor der Abteilung wurden 84 Abwasserproben untersucht und ausgewertet. Wenn Mißstände festgestellt werden konnten, wurden die erforderlichen Maßnahmen festgesetzt.

Im *Schutzwasserbau* konnten nach Umlegung der Schwechat in das neue Flußbett die Regulierungsarbeiten am zweiten Baulos fertiggestellt werden. Die Arbeiten am dritten Baulos wurden fortgeführt. Im Bereich des Schwechat-Altlaufes wurde mit den Dammverstärkungen und den Auffüllungen begonnen. Bei den Arbeiten für den Straßendamms über das Mühlwasser im Zuge der Kanalstraße wurde die Bauphase 1 — Errichtung eines Provisoriums (Verkehrsumleitung) zur Entlastung der schadhaften Brücke — nach der Ausführung rüttelverdichteter Baugrubenumschließungsdämme und der Freigabe des unterwasserseitigen Dammes für die provisorische Umleitung des Straßenverkehrs abgeschlossen. Ebenfalls abgeschlossen wurden die Projektierungsarbeiten für die Bauphase 2 — Errichtung des Straßendamms über das Mühlwasser —, so daß der Baubeginn für diese Bauphase mit Dezember festgesetzt werden konnte.

Im Zuge der Erhaltung der Wiener Gewässer waren Arbeiten am Liesingbach, am Wienfluß, im Hafen Lobau und an den übrigen Bächen und Gerinnen durchzuführen. So wurden die Torkretierungsarbeiten an der Wienfluß-Trennmauer im Bereich des Rückhaltebeckens III beidseitig und im Bereich des Rückhaltebeckens IV flußseitig fertiggestellt, ferner im Zuge der Halterbachregulierung im Bereich der Bujattigasse die Regulierungsarbeiten mit der Neuherstellung von Ufersicherungen entlang der Bujattigasse weitergeführt. Die Arbeiten zur Instandsetzung der linksufrigen Böschung, einschließlich des Böschungsfußes, im Hafen Kuchelau konnten fortgesetzt werden. Im Zuge der Arbeiten am Mühlwasser wurde die Schlammabsaugung in einem Altarm des „Kleinen Schillockes“ im Bereich der ÖBB-Haltestelle Lobau abgeschlossen, weiters mit Vorarbeiten für eine naturnahe Baggerung begonnen, um einen entsprechenden Wasserstand im Mühlwasser im Bereich der Lobau-gasse zu schaffen.

Im Rahmen der kleineren wasserbaulichen Arbeiten und Planungen wurde an der Gewässerkartei von Wien weitergearbeitet. Detailprojekte zur Herstellung eines Sandfanges im Sickerteich Laimergrube, zur Sanierung der Dürren Liesing und des Halterbaches im Mündungsbereich sowie zur Befestigung des Trockengerinnes Verbindung Fallenberggasse — Senderstraße konnten fertiggestellt werden. Mit einem Projekt zur Sanierung des Saugrabengerinnes und einer Untersuchung über die Möglichkeit der Vergrößerung des Sickerteiches Obere Jungenberggasse wurde begonnen.

Gemäß der Schifffahrtverordnung wurden vom Amtssachverständigen 124 Motorschiffe und Sportboote sowie 560 Boote der Bootsvermietungen im Wiener Bereich auf ihre Funktionstüchtigkeit überprüft und gemäß des Schifffahrtsgesetzes zwölf diesbezügliche Anlagen.

Forstamt

Die Magistratsabteilung 49, das Forstamt, verwaltet und bewirtschaftet die Erholungswälder im Bereich des Landes Wien, die Quellenschutzforste in Niederösterreich und in der Steiermark sowie die zugeordneten Nebenbetriebe und Aufforstungsflächen. Zu seinen Aufgaben gehören ferner die Planung, Errichtung und Erhaltung von Erholungswaldanlagen, die Erweiterung des Wald- und Wiesengürtels und die von Windschutzanlagen.

Das Flächenmaß der Grundstücke, die von der Abteilung verwaltet wurden, betrug im Bereich des Landes Wien 8.048,33 ha und im Bereich der Quellenschutzforste 32.242,50 ha, insgesamt 40.290,83 ha. Die Nutzung der Bestände wird ihrer Widmung entsprechend vollzogen. Im Bereich des Landes Wien handelt es sich vorwiegend um ausgesprochene Erholungswälder, in denen die Einzelstamm- und kleinflächige Nutzung, die Entnahme überalterter, die Besucher gefährdender Bestandselemente sowie die Auflichtung zu dichten Beständen Vorrang haben. In den Quellenschutzforsten, vor allem in den in Niederösterreich gelegenen Revieren, erfolgte zwar eine sehr starke Holzentnahme in Konsequenz der Windwurfkatastrophe des Jahres 1976, jedoch sah man sich gleichzeitig gezwungen, Schlagbegradigungen durchzuführen und durch die Entnahme von mit Schadinsekten befallenen Bestandselementen vorbeugende Maßnahmen gegen Massenvermehrungen zu treffen. Lediglich in den Revieren, die im Bereich der 2. Hochquellenleitung in der Steiermark liegen, konnte eine planmäßige Nutzung, die den im zehnjährigen Nutzungsplan vorgesehenen Maßnahmen entspricht, vollzogen werden.

Der Gesamtholzeinschlag betrug im Jahre 1981:

| | Blochholz | Schleif- und Grubenholz | Brennholz | Gesamt |
|---------------------------|-----------|----------------------------|-----------|-----------|
| | fm | fm | fm | fm |
| Wienerwaldforste | 6.295,81 | 2.804,69 | 13.218,45 | 22.318,95 |
| Quellenschutzforste | 52.078,73 | 13.535,38 | 10.198,97 | 75.813,08 |
| Zusammen | 58.374,54 | 16.340,07 | 23.417,42 | 98.132,03 |
| Prozent | 59,5 | 16,6 | 23,9 | 100,0 |

Gegenüber 1981 ist der Holzanfall zwar um rund 2.400 fm angestiegen, jedoch ist der Zuwachs ausschließlich dem Schleif- und Grubenholz sowie dem Brennholz zuzurechnen. Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, daß walddhygienische Maßnahmen immer mehr in den Vordergrund rücken und daß zufolge erhöhter Nachfrage nach Brennholz die angehobenen Preise auch eine Bringung dieser minderwertigen Holzsortimente rechtfertigen. Allein der Blochholzanfall in den Quellenschutzforsten ging im letzten Jahr um rund 2.400 fm, das sind rund 5 Prozent, zurück. In den kommenden Jahren ist mit einem bedeutend höheren Rückgang an Blochholz zu rechnen, da die Nachhaltigkeit der Nutzungen dies erfordert.

Bei der Rohholzabgabe war man bemüht, die Versorgung des Sägewerkes Hirschwang zu gewährleisten. Andererseits mußte man aber das gesamte Restholz dem Holzmarkt zuführen, da der Insekten- und Pilzbefall eine bedeutende qualitative Beeinträchtigung befürchten ließ.

Folgende Holzmenngen wurden ausgebracht und dem Holzmarkt zugeführt:

| | Nutzholz fm | Brennholz fm | Gesamt fm |
|----------------------------------------|----------------|-----------------|--------------|
| Wienerwaldforste an Fremde | 9.246,56 | 12.576,15 | 21.822,71 |
| Quellenschutzforste an Fremde | 53.480,47 | 9.333,06 | 62.813,53 |
| an das Sägewerk | 12.490,47 | — | 12.490,47 |
| Zusammen | 75.217,50 | 21.909,21 | 97.126,71 |

Trotz der deutlich nachlassenden Nachfrage am Rundholzmarkt konnte das Nutzholz abverkauft werden. Sowohl beim Nutzholz als auch beim Blochholz wurde von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Holz am Stock zu verkaufen. In diesem Fall gehen die Aufarbeitung und Bringung unter Aufsicht des Personals der Stadt Wien zu Lasten des Holzkäufers. Dies hat den Vorteil, daß man Aufarbeitungen in entlegenen Revierteilen sowie aufwendige Arbeiten durch Fremdfirmen ausführen lassen kann. Dieser Vorgang bewährt sich besonders bei der Brennholzerzeugung, aber auch bei Durchforstungen von Beständen im Stangenholzalder.

Im Sägewerk Hirschwang konnte bei stagnierender bis leicht fallender Preistendenz das erzeugte Schnittholz laufend verkauft werden. Der Jahresverschnitt betrug 10.413,59 fm. Es konnte eine Ausbeute von 67,5 Prozent erzielt und Schnittholz in einer Menge von 7.027,79 m³ erzeugt werden. Zum Verkauf gelangten

6.224,16 m³. Gegenüber dem Vorjahr ist sowohl der Einschnitt als auch die verkaufte Schnittholzmenge geringer, jedoch muß man berücksichtigen, daß der Anteil an zeitaufwendigeren Listenschnitten weiter zugenommen hat. Hinsichtlich dieses Listenholzes, in nicht genormten Längen, das vorwiegend für Zimmermannsarbeiten, wie etwa zur Erzeugung von Dachstühlen, benötigt wird, besteht eine Marktlücke am Inlandsmarkt. Das Sägewerk in Hirschwang nützt diese Gelegenheit, die sehr einträglich ist, weitgehend. Das qualitativ minderwertigere Blochholz, das aus den hochalpinen Lagen stammt, muß weiterhin zur Erzeugung von Massenwaren herangezogen werden.

Die Aufforstungsarbeiten zur Kultur der flächengroßen Kahlflächen nach dem Katastrophenwindwurf wurden weiterhin fortgesetzt. Die arbeitstechnischen Schwierigkeiten, die darin bestehen, daß in einem kurzen Zeitraum die Forstpflanzen eingebracht werden müssen, treten jährlich wieder auf. In den alpinen Hochlagen unterbinden die Schneedecken die Arbeiten, so daß eine sehr große Anzahl von Saisonarbeitern bereitgestellt werden muß. Aus diesen Gründen war es noch nicht möglich, alle Kahlflächen in Kultur zu bringen und die erforderlichen Nachbesserungen im Bereich des Windwurfes zu vollziehen. In den Revieren der Steiermark und im Wiener Raum sind die Aufforstungen planmäßig vollzogen worden. 627.550 Bäume und Sträucher wurden für Wiederaufforstungen, 214.920 für Nachbesserungen vorhergehender Kulturen und 18.400 für Neuaufforstungen benötigt. Gegenüber 1980 ist die Anzahl der ausgebrachten Pflanzen zurückgegangen, da der größte Teil der Windwurfflächen kultiviert wurde und nunmehr das Hauptgewicht bei den zeitaufwendigeren Nachbesserungen liegt. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Stückzahl der Forstpflanzen, die zur Nachbesserung gelangen, gegenüber dem Vorjahr bedeutend höher ist.

Zur Vorbeugung von Wildschäden sind wieder Kulturflächen eingezäunt worden, wobei 10.210 m Schutzzäune errichtet wurden. Weiters ist in 5.937 Arbeitsstunden ein Einzelschutz an Forstpflanzen vorgenommen worden. Außer diesen Schutzmaßnahmen und einem erhöhten Abschluß wurden waldbauliche Begleitmaßnahmen zur Hintanhaltung von Wildschäden durchgeführt. Diese bestehen darin, daß auf den Kulturflächen Verbißsträucher und -gehölze belassen werden und im Rahmen der Kulturarbeiten auch Laubgehölze eingebracht werden, die dem Wild teilweise als Äsung dienen, durch ihre Ausschlagfähigkeit aber eine erhöhte Resistenz gegen dauernden Verbiß haben. Mit dieser Vorsorge soll einerseits das Wild eine zuzugewandene Verbißmöglichkeit vorfinden, die Kulturpflanzen, die den künftigen Wirtschaftswald bilden sollen, sollen andererseits verschont bleiben. Diese flankierenden Maßnahmen dienen somit sowohl der Verbesserung des Lebensraumes des Wildes als auch der Erhöhung der Bestandstabilität.

Der im Zuge der Windwurfaufarbeitung geplante Straßenbau ist zwar im wesentlichen vollzogen, jedoch müssen in lokalen Bereichen noch kurze Stockstraßen oder Verbindungswege errichtet werden. 16,2 km Forststraßen wurden 1981 fertiggestellt. Alle diese Forststraßen tragen unter Beachtung der Grundwasserhygiene zur Aufschließung entlegener Revieranteile bei und ermöglichen somit die wirtschaftliche Betreuung bisher nicht nutzbarer und gefährdeter Forstbestände. Erst dadurch können waldbauliche Maßnahmen unter Beachtung der Wasserführung des Bodens und einer verbesserten Wasserbilanz gesetzt werden. Im Sinne des Landschaftsschutzes wird die Trassenführung derart vorgenommen, daß das Landschaftsbild möglichst wenig gestört und daß unmittelbar nach der Errichtung des Straßenkörpers eine Begrünung der Böschungen eingeleitet wird.

Die Bringung des angefallenen Holzes erfolgte fast durchwegs auf Forststraßen mit lokalem Fuhrwerk oder Holzzügen. Nur in einzelnen Fällen, in denen ein Straßenbau nicht möglich ist, wurden Seilbahnen und Seilkräne eingesetzt, insgesamt 1.806 fm konnten auf diese Weise zu Tal gefördert werden.

In den Eigenjagden der Stadt Wien wurden im Jahr 1981 folgende Wildzahlen geschätzt und Abschüsse getätigt:

| | geschätzter oder gezählter Bestand | Wild erlegt und Fallwild |
|-------------------|---------------------------------------|--------------------------------|
| Rotwild | 1.300 | 360 |
| Rehwild | 2.200 | 680 |
| Gamswild | 1.700 | 430 |
| Muffelwild | 800 | 160 |
| Damwild | 250 | 40 |
| Schwarzwild | 900 | 790 |

Die Verwendung von Forstarbeitern der Stadt Wien weist signifikant die unterschiedlichen Aufgabenbereiche in den Quellenschutzforsten sowie in den Forsten im Wiener Raum auf. So wurden die Forstarbeiter in den Quellenschutzforsten zu 25 Prozent zur Holzgewinnung und zu 14 Prozent für die Gebäudeerhaltung und Inventarinsandsetzung herangezogen, während sie in den Forsten im Raume Wiens nur zu 13 Prozent für die Holzgewinnung eingesetzt waren. 14 Prozent waren für Kulturarbeiten eingeteilt, 12 Prozent für Erholungswaldmaßnahmen.

Im Rahmen der Aktion „Ganz Wien trägt Grün“ wurden im Jahre 1981 am Westrand der Stadt der Bevölkerung fünf ausgewählte Wanderrouten angeboten, die jeweils eine Endstelle eines öffentlichen Verkehrsmittels als Ausgangs- und Endpunkt haben. Die Stadtwanderwege haben eine Länge von 7 bis 11 km und verlaufen fast durchwegs auf bestehenden Wanderwegen des Wienerwaldes.

Mit Unterstützung des Vereines „Niederösterreich-Wien gemeinsame Erholungsräume“ wurden verschiedene Projekte realisiert: So konnte das Spiegelgelände am Falkenberg, Zielpunkt des Wanderweges 5 am Bisamberg, fertiggestellt werden, ebenso wie der Parkplatz beim „Grüaß-di-a-Gott-Wirt“ und der Weg vom Dreimarkstein zum Hameau. Die zweite Ausbaustufe am Rande des Naturschutzgebietes Lobau an der Saltenstraße wurde ausgeführt, indem 40 Stellplätze hergestellt worden sind und gleichzeitig mit einer Grünverbindung Lobau-Aspern begonnen wurde. Die Arbeiten für den Radwanderweg Inzersdorf – Vösendorf als erste Ausbaustufe des künftigen Radwanderweges „Inzersdorf – Laxenburg“ konnte in Angriff genommen werden. Weiters wurden begleitende Windschutzaufforstungen längs des Radweges auf 3,9 ha angelegt. Schließlich wurde mit den Ausgestaltungsarbeiten für die Aufforstung am Laaer Berg, deren Eröffnung für das Frühjahr 1982 vorgesehen ist, begonnen.

Im Zuge der Wohlfahrtsaufforstungen innerhalb der Wiener Stadtgrenzen kamen insgesamt 512.340 Stück Forstpflanzen auf 46,0 ha zur Kultur. Der Großteil, nämlich 375.000 Pflanzen auf 27,5 ha, wurde auf der Donauinsel im 21. und 22. Bezirk ausgebracht. Weitere Aufforstungen erfolgten auf der Simmeringer Heide, bei der Großfeldsiedlung, im Bisamberger Vorland und am Rautenweg im 22. Bezirk. Neben den Aufforstungen, die ausschließlich durch die Stadt Wien finanziert wurden, sind auch Aufforstungsprojekte mit Bundesförderungsmitteln, und zwar aus Rodungsabgaben gemäß § 18, Forstgesetz (FG) 1975, realisiert worden. Es handelt sich um die Neubewaldungsflächen in Breitenlee, am Musketierweg und in Süßenbrunn. Im Mai 1981 konnte vom Bürgermeister der Bundeshauptstadt der Erholungsraum Donauinsel-Nord feierlich eröffnet und der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden.

Entsprechend den Bestimmungen des FG 1975 wurde die Forstliche Raumplanung für den Bereich des Landes Wien weitergeführt. Nach Abschluß der Waldbestandserhebung wurden die Ergebnisse kartographisch weiterbearbeitet.

An den magistratsinternen Diskussionen bezüglich Erstellung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen war die Abteilung ständig eingeschaltet und hat in vielen Fällen Stellungnahmen mit Änderungs- bzw. Ergänzungswünschen abgegeben. Die Abteilung hat ferner aktiv bei allen Stadtentwicklungs- und Stadtplanungsfragen mitgewirkt, die die Bereiche des Stadtumlandes und landschaftlichen Naherholungsraumes betrafen.

An der „Woche des Waldes“ vom 27. bis 30. April, die mit Unterstützung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft sowie des Stadtschulrates für Wien durchgeführt wurde, nahmen rund 2.000 Wiener Schulkinder an Lehrwanderungen und Demonstrationaufforstungen teil.

Sportangelegenheiten

Wie schon in den vergangenen Jahren, bildete die **B a u t ä t i g k e i t** einen der Schwerpunkte bei den Maßnahmen auf dem Sportsektor. Das umfangreiche Investitionsprogramm in den von der Wiener Stadthalle-KiBa-Betriebs- und Veranstaltungs-Ges.mBH verwalteten Anlagen wird weiterhin schrittweise verwirklicht. Im Wiener Praterstadion wurde im Jahre 1981 der B-Sektor generalsaniert. Bei dieser Oberflächensanierung mußte die oberste Betonschicht abgetragen und die Isolierschicht ausgetauscht werden, die Sitzbänke wurden erneuert, außerdem wurde vom Österreichischen Fußball-Verband ein VIP-Sektor mit 1.000 Sitzplätzen sowie die dazugehörigen Aufenthaltsräume hergestellt. Die im Frühjahr 1980 begonnene Generalsanierung der Sporthalle in der städtischen Wohnhausanlage in 21, Jedleseer Straße – Karl-Seitz-Hof wurde zügig fortgesetzt. Diese Generalinstandsetzung umfaßt die Renovierung der großen und der kleinen Turnhalle sowie den Einbau eines Mehrzweckraumes in das ehemalige Brause- und Wannenbad. Auf der von der Stadt Wien verwalteten Sportanlage in 10, Triester Straße 106, wurde das Heizhaus verlegt, damit eine den Vorschriften entsprechende Heizungsanlage errichtet werden kann. Im Zuge dieser Arbeiten wurden dem Hauptmieter, SV Wienerberg, zwei Räume für das Sekretariat zur Verfügung gestellt, ein neuer Schiedsrichterraum und ein neuer Umkleieraum für Trainer geschaffen.

In einigen Fällen baut die Stadt Wien nicht selber, sondern unterstützt durch Subventionen den Neu- oder Umbau von Sportanlagen. So wurden im Jahre 1981 drei Großprojekte unterstützt. Dem Wiener Fußball-Verband wurden zu der ursprünglichen Subvention in der Höhe von 21.784.230 S aus dem Jahr 1978 nochmals 2.800.000 S im Jahre 1981 gewährt.

Mit den ursprünglich zur Verfügung gestellten Mitteln wurde die Franz-Horr-Sportanlage in 10, Absberggasse 189, umgebaut, um diese Anlage für Spiele der 1. Division benützbar zu machen. Die Flutlichtanlage und die Zuschauerbereiche konnten fertiggestellt werden. Mit dem Bau der Zuschauertribüne für 2.800 Personen wurde begonnen; für diesen Bau wurde im Jahre 1981 eine erste Baurate in der Höhe von 2.800.000 S geneh-

migt. Nach Fertigstellung dieser Tribüne kann die Sportanlage voraussichtlich im Frühjahr 1982 eröffnet werden.

Dem ASKÖ-Landesverband Wien wurden 11 Millionen Schilling für die Errichtung eines Kunstrasenfeldes auf der Sportanlage Schmelz und eine Baurate in der Höhe von 10 Millionen Schilling für die Errichtung einer Eissportanlage in 10, Windtenstraße, zur Verfügung gestellt. Der Rennweger SV erhielt eine Subvention für die Verlegung des Platzobjektes auf der Sportanlage in 3, Grasberggasse 18, das zufolge des Ausbaues der Gürtelautobahn abgetragen werden mußte.

Über Wunsch berät die Abteilung auch die Wiener Sportorganisationen bei der Durchführung von Bauvorhaben. Seit dem Beitritt Wiens zum Österreichischen Institut für Schul- und Sportstättenbau ist es möglich, in eine umfangreiche Sportdokumentation Einsicht zu nehmen, so daß durch Vereinheitlichung und Systemisierung bei der Errichtung von Sportbauten die Voraussetzung für eine intensive Beratung geschaffen werden konnte. In Zusammenarbeit mit dem Institut für Schul- und Sportstättenbau wurden die Arbeiten an dem 1979 begonnenen Wiener Landesleitplan für Sportstättenbau abgeschlossen, der sich derzeit im Druck befindet. Der Landesleitplan bringt einerseits eine exakte Erfassung sämtlicher Sportanlagen, Sporthallen, Hallenbäder sowie der Spezialanlagen, andererseits eine Gegenüberstellung des Soll- und Ist-Bestandes und damit die Ausweisung eines allenfalls bestehenden Fehlbestandes an Sportflächen.

Die Gremien der Wiener Landessportorganisation, umfassend den Wiener Landessportrat und den Wiener Landessportfachrat sowie deren Arbeits- und Fachausschuß, stellen eine geeignete Plattform dar für alle Beratungen, die für die Lösung der Probleme des Wiener Sports erforderlich sind. Dem Wiener Landessportrat obliegt die Verteilung von Subventionsmitteln für die Fachverbände und den Leistungssport. Für die Aufteilung der Förderungsmittel wurde im Jahre 1981 ein neues Punktesystem erarbeitet, das eine noch gerechtere Vergabe gewährleisten soll. Aus Mitteln der Leistungssportförderung wurde allen Vereinen, deren Mannschaften an in mehreren Durchgängen ausgetragenen gesamtösterreichischen Meisterschaften der beiden obersten Spielklassen teilnahmen, ein bestimmter Prozentsatz der Fahrtkosten rückvergütet, insgesamt 1,1 Millionen Schilling. Bei der Teilnahme an Europacupbewerben wurde rund ein Drittel der Fahrtkosten ersetzt, wobei die Höhe der Entschädigungen je nach der Entfernung gestaffelt war. Der Gesamtbetrag belief sich auf 300.000 S. Für die Förderung der Tätigkeit von Verbandstrainern wurden 600.000 S angewiesen. Für die im Jahre 1977 ins Leben gerufene Förderung von Spitzensportlern wurden 600.000 S aufgewendet. Im Jahre 1981 fanden fünf Sitzungen des Arbeitsausschusses des Landessportrates statt. Der Wiener Landessportfachrat hielt am 3. Juni seine Vollversammlung ab, während sein Fachausschuß siebenmal zusammentrat.

Die Abteilung betrieb 19 Jugendspielplätze und 24 öffentlich zugängliche Ball- und Kleinkinderspielplätze, die den städtischen Schulen, Kindergärten und Horten sowie privaten Jugend-, Turn- und Sportorganisationen kostenlos zur Benützung überlassen worden sind. Diese Anlagen wurden im Jahre 1981 von 275.255 Personen benützt. Weitere 7 Spielplätze und 97 Sportanlagen wurden Wiener Sportorganisationen zur Verfügung gestellt. Die Sportanlagen in 10, Triester Straße 106, und Laxenburger Straße—Heuberggässchenstraße, in 16, Kendlstraße Nr. 38, und in 20, Lorenz-Müller-Gasse, werden von der Abteilung selbst geführt. Auf diesen vier Anlagen konnten sich insgesamt 100.966 Personen sportlich betätigen. Seit dem Jahr 1966 führt die Stadt Wien einen Schleppliftbetrieb in 14, Mauerbachstraße 172 (Hohe-Wand-Wiese), durch, der sich bei den Wintersportlern größter Beliebtheit erfreut. Im Jahre 1981 wurden auf dieser Schleppliftanlage 113.140 Erwachsene und 101.903 Kinder befördert. Auf der Himmelhof-Wiese im 13. Bezirk steht seit dem Jahr 1974 den weniger geübten Schifahrern ein Babylift zur Verfügung, auf dem 6.890 Erwachsene und 12.900 Kinder befördert wurden.

Auf dem Cobenzl wird vom Landes-Skiverband Wien eine Langlaufloipe betrieben, die sich zunehmender Beliebtheit erfreut. Für die Benutzer stehen Umkleidekabinen mit Kästchen sowie Brausen bereit. Der Verleih von Langlaufskiern ergänzt das Service. Auf Grund des großen Interesses am Langlaufsport wurden von der Stadt Wien mit Winterbeginn 1981 zusätzlich auf der Donauinsel, abwärts der Steinspornbrücke, und im Gelände des Böhmisches Praters in Oberlaa Langlaufloipen präpariert und der Bevölkerung zur Verfügung gestellt.

Die städtischen Turnsäle, Schwimmhallen, Sporthallen und Spielplätze sowie die von der Wiener Stadthalle-Kiba-Betriebs- und Veranstaltungen-Ges.m.b.H verwalteten Trainings- und Wettkampfanlagen werden den Sportorganisationen kostenlos zur Verfügung gestellt. Trotz der derzeit schlechten budgetären Verhältnisse konnte eine Erhöhung der Mittel erreicht werden. Neben dieser Sportförderung von insgesamt 134 Millionen Schilling werden alljährlich Mittel aus dem Erträgnis des Sportgroßschens (1981: 4.994.000 S) und der Vergnügungssteuer (1.773.000 S) bereitgestellt.

Mit den Jugendportaktionen „Sportplatz der offenen Tür“, „Jugendeislaufaktion“, „Fahrt zum Schnee“, „Jugendschwimmaktion“, „Talent-Leistungsschwimmen“ und „Talent-Turnen“ wird der direkte Kontakt mit der Wiener Jugend gesucht. Diese Aktionen wurden in Zusammenarbeit mit dem Verein „Wiener Jugendkreis“ und diversen Fachverbänden durchgeführt. Die benötigten Anlagen konnten von der Stadt Wien zur Verfügung gestellt oder zu bestimmten Terminen gemietet werden. Weiters waren die organisatorischen Arbeiten, wie die Anmeldung und Einteilung der Teilnehmer, vorzunehmen und die Tätigkeit der vom Wiener Jugendkreis und

den Fachverbänden eingesetzten Mitarbeiter, wie Sportlehrer- und -studenten sowie Verbandstrainer, zu überwachen.

Beim „Sportplatz der offenen Tür“ haben Kinder und Jugendliche, auf einigen Anlagen auch Erwachsene, am Abend die Möglichkeit, unter Anleitung erfahrener Sportlehrer Leichtathletik und Ballspiele zu betreiben. Die Aktion fand vom 11. Mai bis 4. September auf 16 Sportanlagen bei einer Gesamtbeteiligung von 20.809 Jugendlichen und 4.412 Erwachsenen statt. Der „Sportplatz der offenen Tür“ war auch eine Aktion des Wiener Ferienspiels und des Wiener Ferien-Clubs.

Bei der „Jugendeislaufaktion“ in der Wiener Donauparkhalle wurden Normalkurse, Kleinkinderkurse für Kinder bis zum sechsten Lebensjahr, Mutter-und-Kind-Kurse für Mütter mit Kindern im Vorschulalter, ein Perfektionskurs und ein Eishockeykurs angeboten und im Zeitraum vom 10. November 1980 bis 13. März 1981 von insgesamt 28.481 Teilnehmern besucht.

Die „Fahrten zum Schnee“ sind seit vielen Jahren ein fester Bestandteil der außerschulischen Jugendsportförderung. Vom 18. Jänner bis 8. März fanden an acht Sonntagen Fahrten in die nähere Umgebung Wiens statt. Die Kinder und Jugendlichen im Alter von 6 bis 16 Jahren, die daran teilnahmen, wurden von Sportstudenten und Sportlehrern in Kursen betreut. Für Begleitpersonen gab es auch wieder die Möglichkeit, an den Fahrten teilzunehmen. Insgesamt beteiligten sich 2.242 Personen.

In Zusammenarbeit mit dem Landesschwimmverband Wien wurde vom 3. November 1980 bis 6. April 1981 in vier Wiener Hallenbädern die Jugendsportaktion „Talent-Leistungsschwimmen“ durchgeführt. Teilnahmeberechtigt waren Kinder im Alter von 7 bis 12 Jahren, die bereits schwimmen können mußten. In Fortsetzung dieser Aktion wurden die besten Schwimmer aus allen vier Bädern ausgesucht und noch bis Ende Juni in einem Hallenbad betreut. Beim „Spielschwimmen“ hingegen wurden Kinder ab vier Jahren in spielerischer Form in das Schwimmen eingeführt. An der Aktion „Talent-Leistungsschwimmen“ nahmen 5.280, an der Aktion „Spielschwimmen“ 2.140 Kinder teil.

In Zusammenarbeit mit dem Fachverband für Turnen wurde die Aktion „Talent-Turnen“ durchgeführt. Die Auswahl und Aufnahme der Kinder in Leistungsriegen erfolgen jährlich nach der Wiener Meisterschaft. Vier Trainerinnen und Trainer betreuten an 159 Trainingstagen 2.302 Turnerinnen und Turner.

Während der Semesterferien vom 1. bis 5. Februar wurde in Zusammenarbeit mit der Bäderverwaltung, dem Landes-Skiverband Wien und dem Verein Wiener Jugendkreis ein spezielles Sportprogramm angeboten. In den städtischen Bädern, Sporthallen, beim Jugendeislaufen in der Wiener Stadthalle und der Donauparkhalle, auf der Langlaufloipe, auf den Schipisten Hohe-Wand-Wiese und Himmelhof-Wiese sowie bei den täglichen „Fahrten zum Schnee“ fanden sich insgesamt 11.267 Kinder ein. Anlässlich des Nationalfeiertages am 26. Oktober führte die Bundessportorganisation wie alljährlich in ganz Österreich Zeitmärsche und Fitläufe durch. Die Abteilung koordinierte die Veranstaltungen für den Wiener Raum.

Presse- und Informationsdienst

Die „Rathaus-Korrespondenz“ gab 1981 über das Fernschreibnetz der Austria Presse Agentur (apa) insgesamt 4.887 Meldungen durch. Gegenüber den 4.463 Meldungen des Vorjahres bedeutet das eine Zunahme von 8,2 Prozent. Die gedruckte Ausgabe der „Rathaus-Korrespondenz“ (rk) umfaßte 3.611 Seiten (1980: 3.741), was einen Rückgang von 3,5 Prozent bedeutet. Zu der Differenz zwischen der Zunahme der Meldungen und der Abnahme der Seitenanzahl der gedruckten „Rathaus-Korrespondenz“ kam es, weil viele tagesaktuelle Meldungen zwar über das Fernschreibnetz gesendet, nicht aber in die gedruckte Ausgabe aufgenommen werden. Die Auflage betrug 850 Stück. Das Nachrichtenmaterial gliedert sich in Meldungen aus dem kommunalen Bereich, in Lokalmeldungen und in Meldungen aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Es wird sämtlichen Tageszeitungen, Hörfunk und Fernsehen sowie Wochen- und Monatszeitungen und verschiedenen anderen Institutionen und Personen weitergegeben. Für die täglichen aktuellen Lokalmeldungen ist die Stammredaktion der „Rathaus-Korrespondenz“ zuständig, deren diensthabender Redakteur werktags jeweils in der Zeit von 7.30 bis 19.30 Uhr erreichbar ist. Auch Samstag und Sonntag macht ein Redakteur in der „rk“ Dienst, in der übrigen Zeit werden Anrufe auf Tonband aufgenommen, so daß die „rk“ praktisch Tag und Nacht erreichbar ist.

Das übrige Nachrichtenmaterial aus allen Geschäftsbereichen der Stadt Wien wird von den Pressereferenten des Bürgermeisters und der amtsführenden Stadträte erarbeitet. Die Pressereferenten sind auch für die Vorbereitung und Organisation von Pressekonferenzen und Presseführungen zuständig. Insgesamt wurden 77 Pressekonferenzen abgehalten, die meisten davon im Konferenzsaal der Abteilung. Für diesen Zweck werden jeweils Presseinformationen hergestellt, fallweise auch Photos, Zeichnungen und Pläne sowie andere Presseunterlagen.

Jeden Dienstag mittag nach der Sitzung des Stadtsenates hält Bürgermeister Leopold Gratz ein Pressegespräch ebenfalls im betreffenden Konferenzsaal ab. Anlässlich der Wiener Volksbefragungen vom 15. bis 17. November und vom 9. bis 11. Dezember wurden im Rahmen von Pressekonferenzen laufend die neuesten Ergebnisse der Presse übermittelt.

Für die täglich von Montag bis Samstag im Regionalprogramm des Österreichischen Rundfunks gesendete aktuelle Information wurden die Texte von Redakteuren der „Rathaus-Korrespondenz“ zusammengestellt. Im

Jahre 1981 konnten erstmals auch Informationen der Stadt Wien in Ö 3 gesendet werden. Zu den Arbeiten der Pressereferenten gehört auch das Verfassen von Artikeln und Reden sowie die Mitarbeit an den im Informationsbereich der Abteilung hergestellten Publikationen, Flugblättern, Insertionen und dergleichen. Eine wöchentliche Zusammenfassung der Meldungen der „rk“ wird ebenfalls von den Redakteuren erarbeitet. Diese Wochenübersicht „rk-intern“ wurde in einer Auflage von jeweils 1.700 Exemplaren gedruckt. Zum Bezieherkreis zählen vor allem leitende Beamte der Stadt Wien, städtische Funktionäre, aber auch andere interessierte Stellen im In- und Ausland.

Zu wichtigen Ereignissen, Problemen und Vorhaben erscheint die „rk-spezial“, die ausführlich Hintergrundinformationen gibt. Im Jahre 1981 erschienen 17 Nummern der „rk-spezial“, die Themen gewidmet waren, wie Wiener Gesundheitsstudie (Nummer 1, Jänner); Fußball in Wien (Nummer 2, Februar); Kampagne zum Jahr der Behinderten (Nummer 3, Februar); Alkoholismus — Volkskrankheit Nummer 1 (Nummer 4, März); Stadterneuerung in Wien 1981 (Nummer 5, März); Bericht über den Stand des Allgemeinen Krankenhauses (Nummer 6, April); Kontrollamt — Problematik der Verwaltungskontrolle/MD (Nummer 7, April); Wiener Drogenbericht 1980 (Nummer 8, April); Ganz Wien trägt Grün — Zwischenbericht (Nummer 9, Juni); Zwei Jahre erfolgreiche Psychiatriereform (Nummer 10, Juni); Wohnen — Stadterneuerung (Nummer 11, Juni); Zwischenbilanz zum Jahr der Behinderten (Nummer 12, August); Gespräche zwischen den Generationen (Nummer 13, Oktober); MD-ADV (Nummer 14, Oktober); Wien — medizinisches Zentrum (Nummer 15, November); Erfolgreiche Psychiatriereform (Nummer 16, November); und Gesundheitsbericht 1980 (Nummer 17, Dezember).

Die Betreuung durch das Auslandspresse-Referat kam 87 ausländischen Journalisten zugute, die nicht beim Bundespressedienst akkreditiert waren, sich also nur vorübergehend in Wien aufhielten. Für sie wurden Rundfahrten nach den jeweiligen individuellen Wünschen arrangiert und Interviews mit Kommunalpolitikern ermöglicht. Außerdem mußten insgesamt 29 Gruppen ausländischer Journalisten mindestens einen vollen Tag betreut werden. Für ihren Aufenthalt wurden Programme mit kommunalen Themen zusammengestellt. Die Journalisten kamen aus Ägypten, aus der Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Bulgarien, Chile, der Volksrepublik China, Dänemark, der Deutschen Demokratischen Republik, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Holland, Israel, Italien, Japan, Nigeria, Norwegen, Portugal, Rumänien, Schweden, der Schweiz, Spanien, Südafrika, Taipeh, Uruguay, Venezuela, der UdSSR und den USA.

15 Rundfunk- und Fernseheteams machten Wien-Reportagen, wobei sie sowohl bei der Erstellung der Drehpläne als auch bei den Aufnahmen selbst vom Presse- und Informationsdienst unterstützt wurden. Die Teams kamen aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Belgien, Kanada, der Deutschen Demokratischen Republik, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Japan, Ungarn und den USA.

Für 54 in Wien akkreditierte Auslandsjournalisten wurden vom Pressedienst Interviewmöglichkeiten geschaffen, wobei für sie Informationsmaterial zusammengestellt worden ist, das durch Gespräche und beigelegtes Photomaterial ergänzt wurde.

Briefliche oder telephonische Anfragen von Journalisten außerhalb Österreichs mußten bearbeitet werden, wofür Informationsmaterial zusammengestellt und eventuell auszugsweise in die gewünschte Fremdsprache übersetzt wurde.

Seit 7. Mai 1981 erscheint das „Wien aktuell-Wochenblatt“ als Betriebszeitung für die Mitarbeiter und Pensionisten der Stadt Wien und der städtischen Unternehmungen. Die Zeitung wird diesem Bezieherkreis gratis per Post zugestellt, darüber hinaus in Trafiken zum Einzelverkaufspreis von 5 S und im Vierteljahresabonnement um 50 S angeboten. Das „Wien aktuell-Wochenblatt“ bietet aktuelle Informationen aus dem Bereich der Stadt Wien, Stellungnahmen zu aktuellen Fragen, Reportagen, Berichte aus der Geschichte der Stadt Wien und Unterhaltung. Es erscheint im Kleinformat, jede Nummer hat in der Regel einen Umfang von 16 Seiten.

Die Zeitschrift „wien aktuell magazin“, in der gegenwärtigen Aufmachung als repräsentatives Vierfarbomagazin seit 1975 vom Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien herausgegeben (Medieninhaber und Herausgeber: Stadt Wien), erschien im Jahre 1981 insgesamt sechsmal mit einer Auflage von jeweils rund 52.000 Stück. Der Umfang betrug pro Heft 32 Vierfarbenseiten und 32 Schwarzweißseiten („konfrontationen & perspektiven“). Die Hauptthemen der sechs „wien aktuell magazin“-Hefte des Jahrganges 1981 waren Behinderte (Heft I), Literatur (Heft II), Grünes Wien (Heft III), Bedienstete der Stadt Wien (Heft IV), Geschichte (Heft V) und Wohnbau (Heft VI).

Vom „Amtsblatt der Stadt Wien“ sind insgesamt 53 Nummern in einer Auflage von jeweils 9.400 Stück mit zusammen 2.820 Seiten erschienen, weiters 48 Sonderdrucke.

Vom „Landesgesetzblatt für Wien“ sind 30 Stück mit 104 Seiten herausgegeben worden.

Der „Amtliche Wohnungstausch-Anzeiger“ ist achtmal erschienen und brachte auf 172 Seiten Tauschangebote.

Die Dokumentation umfaßt den täglichen Pressespiegel, in dem vor allem die auf die Stadtverwaltung bezugnehmenden Artikel in den Wiener Tageszeitungen, in den wichtigsten Bundesländerzeitungen, in

„profil“, „Wochenpresse“, „Furche“ und „NFZ“ unter Berücksichtigung der Auswertung der „rk“ festgehalten werden. Der Pressespiegel wird durch Kurzfassungen kommunalpolitisch relevanter ORF-Sendungen ergänzt. Diese Sendungen werden mit Hilfe vorprogrammierter Tonbandgeräte und Videorecorder aufgezeichnet und im Bedarfsfall einige Zeit gespeichert. Der Pressespiegel dient außerdem der Redaktion der Abteilung als wichtige Informationsquelle.

Im **H a n d a r c h i v** werden Zeitungsausschnitte und die „rk“ sowie andere Publikationen nach Stichwörtern abgelegt. Die Arbeit führt ein Beamter des Wiener Stadt- und Landesarchivs durch.

Die Postwurfsendung „**W i e n — u n s e r e S t a d t**“, die an alle Wiener Haushalte gesendet wird, erschien 1981 sechsmal. Inhaltliche Schwerpunkte waren das „Jahr der Behinderten“ (Wien aktuell Ia), die Wiener Naherholungsgebiete und Grünflächen (Wien aktuell IIIa), der „Tag der offenen Tür“ (Wien aktuell IVa), die Volksbefragungen im November und Dezember (Wien aktuell Va und Vb) sowie die Sozialeinrichtungen der Stadt Wien (Wien aktuell Vc).

Im Jahre 1981 wurden folgende Publikationen herausgegeben: 18, Gersthofer Platzl; Rundfahrten „Modernes Wien '81“; Bäder der Stadt Wien; Die Stadt Wien hilft; Wien in Zahlen; Wien für biologische Schädlingsbekämpfer; Wien für Wanderer; Wien für Blumenfreunde; Wien für Baderatten; Wien für Freizeitkapitäne; Wien für Fischer; Wien für Schwammerlsucher; Wien für Saunafans; Wien für Kinder; Wien für Teens; Wien für Mütter und Väter; Wien für Energiesparer; Wien für Weinbeißer; Wien für Singles mit Kindern; Wien für Pflegefamilien; Wien für Nachbarn; Wien für Senioren; Wien für Behinderte; Wien für Patienten; Wien für Selbsthilfegruppen; Wien für Wohnstraßenfreunde; weiters 100 Jahre Wiener Rettung; Lobau; Lainzer Tiergarten; Neue Donau; ferner Stadtwanderweg 1 — Kahlenberg; Stadtwanderweg 2 — Hermannskogel; Stadtwanderweg 3 — Hameau; Stadtwanderweg 4 — Jubiläumswarte; Stadtwanderweg 5 — Bisamberg; schließlich Budget '82; Donauuferautobahn; Wien 2000; Pensionistenheim Alzeile; Pensionistenheim „An der Türkenchanze“; Ein schöner Beruf für Wien — Diplomkrankenschwester, Diplomkrankenschwester; Die Wiener U-Bahn (U 1, U 2, U 4, U 2/4); U-Bahn-Linie U 1 (bis Praterstern) und „Ganz Wien trägt Grün“ — Maßnahmenpaket.

Mit **F l u g b l ä t t e r n** wurde die Wiener Bevölkerung unter anderem über Flächenwidmungsänderungen, Verkehrsmaßnahmen, Stadterneuerung, Bürgerdienst-Außenstellen, die Aktion „Wien im Blumenschmuck“, die Eröffnung des Nordabschnittes der Donauinsel und den „Musikalischen Sommer“ informiert.

A u s s t e l l u n g e n wurden veranstaltet, wie „Linie U 1 bis Praterstern“; „Kennenlernen — Verstehenlernen“, zum „Jahr der Behinderten“ in der Wiener Hofburg. Teile dieser Ausstellung wurden auch im Kaufhaus Herzmansky, in der Aula des Internationalen Zentrums Wien und bei der Behindertenmesse in Salzburg gezeigt. Weiters wurde „Kultur-Information“ als ständige Ausstellung in der Schmidt-Halle gezeigt. „Stadtteilplanung Wien“ waren Ausstellungen zu Inzersdorf, Leopoldau, Wienerberggründe, Augustinerwald, Heuberg, Gersthofer Platzl sowie eine Präsentation des Gestaltungskonzeptes Meidling. „Ganz Wien trägt Grün“ war eine Umwelt- und Naturschutzausstellung im Wirtschaftsmuseum. „Neue Donau“ brachte den Hochwasserschutz für Wien anlässlich der Eröffnung des Nordteils der Donauinsel. „Ähnliche Straßen“ wurde in Zusammenarbeit mit dem Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrum gestaltet. „100 Jahre Wiener Rettung“ in der Wiener Rettungszentrale gezeigt. Dazu kamen „Freizeit in Wien“ in der ORF-Halle in der Zeit der Wiener Herbstmesse, „Wohnbauprojekt Heschweg“ in der U-Bahn-Station Stephansplatz sowie im Donauzentrum, „Bürgerdienst“ als Kleinausstellung in der Wiener Stadthalle und schließlich „Historische Gärten in Wien“, eine Ausstellung in Basel, und der „Tag der offenen Tür“, eine Präsentation der Tätigkeit der Geschäftsgruppen auf 720 Laufmetern Ausstellungsfläche.

Der Christkindlmarkt fand wieder auf dem Rathausplatz statt. Gemeinsam mit dem Stadtschulrat für Wien wurde — wie in den vergangenen Jahren — die Dekoration (Kinderzeichnungen) für die Rückseite der Marktstände organisiert. So haben für diesen Zweck rund 4.000 Kinder aus 168 Schulen etwa 1.000 Zeichnungen angefertigt. Die 22 am besten gelungenen Zeichnungen wurden prämiert. Ein Stand des Presse- und Informationsdienstes gab in der Zeit vom 21. November bis 24. Dezember den Besuchern des Christkindlmarktes Auskunft über die Wiener Sozialeinrichtungen.

Weitere **V e r a n t a l t u n g e n** waren die Eröffnung der Ausstellung „Kennenlernen — Verstehenlernen“ in der Wiener Hofburg am 18. März mit der Sendung „Autofahrer unterwegs“; „Wien im Blumenschmuck“ am 12. Mai, die Eröffnung des Hamerlingparks am 16. Mai, „Umweltbüro im Grünen“ am 10. Juni, „100 Jahre Wiener Rettung“ mit Radio Wien am 24. Mai, die Wandertage auf den Stadtwanderwegen am 27. September, 4., 11., 18., 25. und 26. Oktober, die Eröffnung des Nordteils der Donauinsel am 30. Mai mit rund 200.000 Besuchern, die Eröffnung der Wiener Herbstmesse am 12. September, das Pflegefamilienfest am 29. November und die „Mobile Sozialberatung“ am Stephansplatz, im Donauzentrum und in der Mariahilfer Straße. Der „Tag der offenen Tür“ fand am 19. September statt. Im Rathaus wurden 98.400 Besucher registriert; einschließlich der Besucher der 47 Dienststellen kamen insgesamt 160.000 Personen. An den Rundfahrten „Modernes Wien“ haben 126.000 Personen teilgenommen, davon allein 2.348 Personen an den Rundfahrten mit dem Donaubus.

Die **W a n d z e i t u n g** „**W i e n a k t u e l l**“ ist mit acht Ausgaben erschienen, alle im Vierfarbendruck.

Die Wandzeitung „Wien informiert“, die hauptsächlich in Wohnhäusern affiziert wird, erschien mit zwölf Ausgaben.

Insgesamt wurden 536 Inserate und PR-Artikel vom Presse- und Informationsdienst verfaßt. Die Beiträge befaßten sich mit den Themen Soziales, Kommunales, Gesundheit, Freizeit, Erholung und Wirtschaft. Schwerpunkte bei den Inseraten war die Behindertenhilfe in Wien, die Werbung für die Wiener Erholungs- und Freizeiteinrichtungen, für den „Tag der offenen Tür“ und die Wiener Sozialeinrichtungen. Weitere Themen waren unter anderem der Bürgerdienst, die Info-Center, der Musikalische Sommer, das Ferienspiel und der Ferienclub. Die Veröffentlichungen erfolgten in insgesamt 156 Tages-, Wochen-, Bezirks-, Monats- und Fachzeitungen.

In den Wiener Tageszeitungen und fallweise auch in Bundesländerzeitungen wurden wieder gezielte Einzelinserate zur Personalwerbung eingeschaltet, und zwar für Juristen, Diplomingenieure, Diplomkrankenschwestern sowie für Facharbeiter der verschiedensten Berufsparten und Hilfskräfte zur Anstellung bei der Stadt Wien und in den Wiener Stadtwerken.

Schließlich wurden die 16-mm-Farbfilm „Wien sind wir alle“ und „100 Jahre Wiener Rettung“, je 25 Minuten lang, sowie Tonbildschauen gezeigt.

Feuerwehr und Katastrophenschutz

Im Jahre 1981 erreichte die Gesamtzahl der Einsätze der Wiener Feuerwehr mit 24.663 einen neuen absoluten Spitzenwert. Dieser beträchtlichen Mehrbelastung — 13 Prozent gegenüber 1980 für alle Feuerwehrbeamten — steht lediglich eine Personalaufstockung von 40 Beamten auf insgesamt 1.399 ohne Verwaltungsbeamte und Wache Rathaus gegenüber. Ein Belastungszuwachs ist jedoch nicht nur durch gestiegene Einsatzzahlen gegeben, auch die immer höher werdenden Anforderungen an den Ausbildungsstand jedes Feuerwehrmannes, bedingt durch die zunehmende Technisierung unserer Umwelt und die Ausbreitung der Schadstoffe im täglichen Gebrauch, stellen immer höhere Ansprüche an jeden Beamten. Um neuen Anforderungen gerecht zu werden und den Umgang mit neuen Geräten zu perfektionieren, wurde im Jahre 1981 die Anzahl der regelmäßigen Übungseinheiten im täglichen Dienstbetrieb erhöht. Die Schulung auf den Sektoren „Ölwehr- und Schadstoffdienst“ wurde durch regelmäßige Übungen für die gesamte Mannschaft intensiviert. Auch Großeinsätze auf dem Wasser wurden unter den Übungsannahmen „Tankschiffbrand auf der Donau“ und „Abgestürzter Hubschrauber in der Neuen Donau“ geprobt, wobei die Zusammenarbeit mit anderen Einsatzorganisationen eingebunden wurde.

Wie schon die Bezeichnung „Feuerwehr und Katastrophenschutz“ vermuten läßt, liegt ein weiterer Schwerpunkt der Aufgaben dieser Abteilung neben dem „Feuerwehrrat“ beim „Katastrophenschutz“. Gerade rechtzeitig war im Dezember 1980 der Alarmplan, der den Einsatz niederösterreichischer Feuerwehren in Wien zur Unterstützung der Wiener Berufsfeuerwehr bei Großeinsätzen regelt, erstellt und auch übungsmäßig geprobt worden. Wenige Tage später, am 3. und 4. Jänner 1981, konnte dieses gegenseitige Hilfeabkommen unter Beweis gestellt werden. Rund 2.100 Sturmeseinsätze verzeichnete die Feuerwehr an diesen beiden Tagen, wovon 650 auf die Freiwilligen Feuerwehren Niederösterreichs, die mit 55 Einsatzfahrzeugen und 245 Mann zu Hilfe gekommen waren, entfielen. Dieser Einsatz hat gezeigt, daß die Übungen in Zusammenarbeit mit den Freiwilligen Feuerwehren Niederösterreichs Erfolg gehabt haben. So ist es möglich gewesen, mit ihrem Einsatz die Wiener Berufsfeuerwehr wesentlich zu entlasten, wodurch der Wiener Bevölkerung rascher geholfen werden konnte. Als Dank und Anerkennung für diese Hilfeleistung wurden 294 Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren Niederösterreichs durch den Herrn Bürgermeister Leopold Gratz mit der Einsatzmedaille des Landes Wien ausgezeichnet.

In Vollziehung des mit 10. März 1978 in Kraft getretenen Gesetzes über Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung vor Katastrophen (Wiener Katastrophenhilfegesetz, LGBl. für Wien Nr. 8/1978) wurden im Rahmen der zugeteilten Aufgabenbereiche mit den auf diesen Gebieten freiwillig tätig werdenden Organisationen Kontakte aufgenommen und geprüft, inwieweit ein Verband oder eine Organisation für die Wiener Katastrophenhilfe als Hilfsorganisation in Frage kommt. So wurde in diesem Zusammenhang von der Wiener Handelskammer ein Bereitschaftsplan erstellt, der bei Unwetter und ähnlichen Großschäden oder Katastrophen die Bereitschaft der Wiener Handwerksinnungen, wie das Bau- und Baunebengewerbe, die Glaser, Schlosser, Dachdecker, Installateure und Beförderungsunternehmungen, jederzeit gewährleistet. Durch eine zentrale Einsatzleitung der Wiener Handelskammer soll somit der Wiener Bevölkerung rascher geholfen werden können.

Auf Grund des tragischen Unfalles in Frascati, bei dem der sechsjährige Alfredo Rampi den Tod fand, wurden alle Rettungsmöglichkeiten aus Schächten, Brunnen und ähnlichen Anlagen überprüft, um optimale Voraussetzungen zu schaffen, damit bei einem derartigen Einsatzfall in Wien wirksam Hilfe geleistet werden kann. Mit der Österreichischen Höhlenrettung wurden erste Kontakte eingeleitet. In einer gemeinsam durchgeführten Erprobungsübung, bei der die zur Verfügung stehenden Geräte sowie Ausbildungsstand und Einsatzmöglichkeiten vorgezeigt wurden, konnte festgestellt werden, daß eine Heranziehung dieser Organisation, wobei bereits ein

Notrufplan für Wien vorliegt, im Rahmen der Katastrophenhilfe durchaus wünschenswert ist. Gemeinsame Außenübungen mit der Einsatzstelle Wien der Österreichischen Höhlenrettung sind bereits geplant.

Unter Vorsitz der MD-VO wurde in einer Arbeitsgruppe bei der Erarbeitung von Vorkehrungen für den Fall, daß im Bereich von Wien eine größere Anzahl Obdachloser versorgt werden muß, mitgewirkt.

Auch auf dem Fahrzeug- und Gerätesektor sind bemerkenswerte Neuerungen zur weiteren Verbesserung der Schlagkraft der Wiener Feuerwehr zu verzeichnen. Eine achte, um 3,3 Millionen Schilling angeschaffte 30-m-Drehleiter mit Arbeitskorb, die auch vom Korb selbst aus steuerbar eingerichtet ist, vervollständigt vorläufig den Drehleiterpark. Als Ergänzung dazu wurde auf einem bei der Feuerwehr der Stadt Wien bereits eingeführten (Bedienungsgleichheit) inländischen Dreiachs-fahrgestell eine Gelenkmastbühne finnischer Herkunft aufgebaut. Die Kosten beliefen sich auf 4,7 Millionen Schilling. Diese Gelenkmastbühne soll vor allem zum Erreichen von höher gelegenen Standorten, zum Beispiel von höheren Häusern mit Vorbauten, eingesetzt werden, die von herkömmlichen Drehleitern nicht erreicht werden können. Die zulässige Korblast beträgt 350 kg. Dies bedeutet gegenüber den Höchstlasten für DL-Rettungskörbe eine fast doppelt so große Korbkapazität. Eine in den Gelenkarmen eingebaute Löschleitung ermöglicht — in Verbindung mit einem fernsteuerbaren Wasserwerfer — eine Brandbekämpfung bei höher gelegenen Standorten mit Wasserwerfern bzw. mit Schaumrohren. Als besondere Erleichterung beim Übersteigen in oder aus den Fenstern ist der Rettungskorb horizontal schwenkbar eingerichtet. Gesteuert kann die Gelenkmastbühne entweder vom Steuerstand am Drehturm (Primärsteuerung) oder direkt vom Rettungskorb aus werden. Die Gelenkmastbühne wird für Menschenrettung, Brandbekämpfung, verschiedene technische Einsätze (zum Beispiel Baugebrechen) sowie für Beleuchtungszwecke verwendet werden.

Um rund 420.000 Schilling wurde ein Puch-GE-6-Geländefahrzeug als „Tauchervorausfahrzeug“ adaptiert. Dieses relativ kleine, sehr schnelle Fahrzeug ermöglicht ein rasches Erreichen selbst schwierigster Einsatzstellen mit zwei Tauchern, die sich bereits während der Fahrt adjustieren können. Das Fahrzeug besitzt eine Frontseilwinde und führt auf dem Dach ein Schlauchboot samt Außenbordmotor mit.

Des weiteren wurde ein zweites „Geländelöschfahrzeug“ auf Mercedes-Benz-Unimog-Fahrgestell angekauft. Dieses kleine und extrem geländegängige Fahrzeug hat sich im Jahre 1980 bereits mehrmals in äußerst ungewissem, mit keinem anderen Einsatzfahrzeug befahrbarem Gelände bestens bewährt.

Um 11,7 Millionen Schilling wurden außerdem fünf weitere Basisfahrzeuge in der Ausführung als „Rüstlöschfahrzeug“ in den Dienst gestellt und damit die Gesamtanzahl dieser Basisfahrzeuge auf elf erhöht. Um diese Fahrzeuge bei Bedarf auf „Sonderlöschfahrzeuge“ umrüsten zu können, wurden um insgesamt 2,14 Millionen Schilling vier Segmente mit je einer 500-kg-Trockenlöschanlage sowie vier Tragkraftspritzen angekauft.

Etwas mehr als 1 Million Schilling wurde in die Anschaffung weiterer Atemschutzgeräte, 17 Stück 2-h-Kreislaufgeräte und 25 Preßluftatmer, investiert. Ein schweres Hydraulikrettungsgerät (Hurst-Spreizer) um knapp 300.000 S vervollständigt die Aufzählung der wesentlichsten Gerätesanschaffungen. Erwähnenswert ist weiters noch die Installierung einer Pulverfüllanlage, die ein rationelles und belästigungsfreies Füllen und Überprüfen aller Pulverlöscher der Abteilung ermöglicht. Die Kosten betragen 150.000 S.

Auf dem Nachrichtenbausektor sind neben den laufenden Service- und Instandsetzungsarbeiten vor allem folgende Neuerungen erwähnenswert: Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Zugwache „Liesing“ zu einer Hauptfeuerwache erfolgte der Umbau bzw. die Erweiterung der nachrichtentechnischen Einrichtungen dieser Wache. Ein wesentlicher Teil der Kabelverbindung zur Wache „Liesing“ mußte erneuert werden, um dem Kommunikationsbedarf der künftigen Hauptfeuerwache Rechnung zu tragen. Die Kabellegung erfolgte ausnahmslos in Kabelschutzrohren, um sowohl einen besseren Schutz als auch ein leichteres Auswechseln der Kabel im Bedarfsfall zu ermöglichen.

Für Einsatzfahrzeuge — insbesondere für die Gruppenfahrzeuge — wurden 50 Handfunkgeräte angeschafft. Damit soll vor allem an Großeinsatzstellen die Kommunikation zwischen den eingesetzten Kräften, aber auch der Sprechverkehr mit der Funkstelle verbessert und erleichtert werden. 1981 wurden 60 Brandmeldeanlagen an das „Tonfrequente Übertragungssystem“ (TUS) angeschlossen. Damit sind bereits rund 400 automatische Brandmeldeanlagen an die Brandmeldezentrale der Wiener Feuerwehr angeschlossen.

Das Sachgebiet „Vorbeugender Brandschutz“ gewinnt auf Grund neuer Techniken und Materialien sowohl in der Bauwirtschaft als auch auf dem Betriebsmittelsektor immer größere Bedeutung. Dementsprechend wurde auch im Jahre 1981 durch intensive Information versucht, sowohl bei den Behörden eine breite Basis für diese Anliegen zu schaffen als auch bei der Bevölkerung das Sicherheitsdenken in eine dementsprechende Richtung zu lenken. In einer Seminarreihe über Zweckmäßigkeit und Zielsetzung des vorbeugenden Brandschutzes im Rahmen der Verwaltungsakademie wurde mit der Schulung der Beamten der Gruppe Baupolizei begonnen und hierzu auch ein Skriptum als Lehrbehelf ausgearbeitet.

In gewohnter Weise wurden im Jahre 1981 von der Abteilung zahlreiche brandschutztechnische Fachgutachten im Zuge bau- und gewerbebehördlicher Verwaltungsverfahren abgegeben. Besonders erwähnenswert in diesem Zusammenhang wäre die 1981 begonnene Überprüfung der Wiener Beherbergungsbetriebe. In dieser sogenannten „Hotelkommission“ arbeiten Beamte der Abteilung gemeinsam mit je einem rechtskundigen und bau-

technischen Fachbeamten in einem verkürzten Verwaltungsverfahren an der Verbesserung der sicherheitstechnischen Einrichtungen in Hotels, Pensionen und sonstigen Beherbergungsstätten. Außerdem wurde die brandschutztechnische Betreuung von Großprojekten im Stadtgebiet, insbesondere der U-Bahn und des Allgemeinen Krankenhauses, fortgesetzt. Weitergeführt wurde auch die brandschutztechnische Fachberatung zu einem neuen Landesgesetz über die Lagerung brennbarer Flüssigkeiten.

Daß die Versuche, den Gedanken eines Selbstschutzes in der Bevölkerung tiefer zu verankern, bereits Früchte tragen, zeigt der Zuwachs an Betriebsfeuerwehren. Bis 1980 gab es nie mehr als maximal 27 Betriebsfeuerwehren in Wien. 1981 erhöhte sich ihr Bestand auf 32. Der Landesverband der Betriebsfeuerwehren von Wien ist heute in der Lage, allen Ersuchen um Schulung, Ausbildung und Beratung bezüglich des Brandschutzes jederzeit nachzukommen. Der Verbesserung des Brandschutzes dient auch die Schulung von Personen, die in ihrem Betrieb oder ihrer Dienststelle als Brandschutzbeauftragte tätig sind. In Zusammenarbeit mit der MD-VA wurden in vier zweitägigen Brandschutzseminaren 164 Angehörige des Magistrates, vorwiegend der MA 17, zu Brandschutzwarten ausgebildet, wodurch in den Krankenanstalten und Dienststellen des Magistrates ein wesentlich verbesserter Brandschutz gewährleistet ist. In Zusammenarbeit mit dem Wiener Landes-Feuerwehrverband, der Zentralstelle für Brandverhütung und dem WIFI Wien wurden 174 Angehörige aus Betrieben, Anstalten und Hotels und sonstigen Gewerbebetrieben zu Brandschutzbeauftragten ausgebildet.

In sechs der sieben Brandschutzsektionen wurden ausgebildete Brandschutzbeauftragte in die örtlich zuständige Hauptfeuerwache zu einem Informationsseminar eingeladen, um die persönlichen Kontakte und den Informationsfluß zwischen den Brandschutzbeauftragten, den Offizieren der Brandschutzsektion und dem zuständigen Abschnittsbrandinspektor des Landesverbandes der Betriebsfeuerwehren von Wien aufrechtzuerhalten. Zu den sechs Informationsseminaren waren insgesamt 180 Teilnehmer erschienen.

Viele Brand- und Unfallursachen sind im Bereich von Feuerstätten und Rauchfängen angesiedelt. Da darüber hinaus die Handhabung der Wiener Kehrverordnung in den Kompetenzbereich der Abteilung fällt, sind in dieser Abteilung Experten auf diesem Gebiet ständig bemüht, zu einer Verbesserung der einschlägigen Richtlinien, gesetzlichen Bestimmungen und Überprüfungsmöglichkeiten beizutragen. In Amtsbesprechungen mit der MA 35, der Rauchfangkehrerinnung und anderen betroffenen Dienststellen wurde im Jahre 1981 die prinzipielle Klärung folgender Problemkreise angestrebt, was eine einheitliche Vorgangsweise gewährleisten soll: „Gemeinsamer Abzug von Rauchgas und Schwaden“ (bei Backöfen), „Anschluß mehrerer Feuerstätten an einen Rauchfang — Fangmindestquerschnitte“. In mehreren Sitzungen wurde der Themenkreis „Offene Kamine“ betreffend Ausführung, Abgasklappe und Bewilligungspflicht behandelt. Eine entsprechende Verordnung darüber ist in Vorbereitung. Wichtigste Tätigkeit war aber die Entsendung eines Vertreters in den Unterausschuß des Wiener Gemeinderates, der die Novellierung des Wiener Feuerpolizeigesetzes zur Aufgabe hat („Luftreinhaltnovelle“). In dieses Gesetz, das am 1. Jänner 1983 in Kraft treten soll, fließen dadurch wesentliche Vorstellungen der Abteilung ein.

Die unter Mitarbeit der Abteilung erarbeitete ÖNORM B 8250 — „Rauch- und Abgasfänge — Reinigungsverschlüsse“ ist am 1. Mai 1981 in Kraft getreten.

Die folgende Übersicht über die bemerkenswertesten Einsätze im Jahre 1981 dokumentiert die hervorragende Leistungsfähigkeit und Schlagkraft der Wiener Feuerwehr:

Aus nicht feststellbarer Ursache war es am 6. Jänner in 14, Linzer Straße 432, in einem pharmazeutischen Betrieb zu einer Explosion gekommen, wodurch der rund 300 m² große zweigeschossige Hoftrakt komplett zerstört und in Vollbrand gesetzt worden war. Der durch die Explosion schwerverletzte Firmenbesitzer war vor unserer Ankunft vom Rettungsdienst in das Krankenhaus überführt worden. Die 1. Löschbereitschaft bekämpfte den Vollbrand von der Hofseite des Objektes mit vier Rohren, die 2. Löschbereitschaft von der Hofseite des Nachbarobjektes ebenfalls mit vier Rohren. Von einer Löschgruppe wurde ein Übergreifen des Brandes auf das zwischen dem Hauptgebäude und dem zerstörten Hoftrakt stehende eingeschossige Zwischenobjekt durch Vornahme eines Rohres unter Atemschutz verhindert. Zur Sicherung der Umgebung wurde im Hof ein Großtankfahrzeug in Stellung gebracht. Der Brand konnte rasch unter Kontrolle gebracht werden. Sämtliche Räume (Wohnungen) des straßenseitigen Hauptgebäudes sowie aller hofseitigen Nebengebäude wurden untersucht, da auf Grund der Explosion alle hofseitigen Fenster bzw. ein Teil der gassenseitigen Fenster zerstört worden waren und die Annahme bestand, daß in einem der vorgenannten Räume eine verletzte Person eingeschlossen sein könnte. Es war jedoch glücklicherweise niemand verletzt worden. Nach Aussage von Augenzeugen bestand der Verdacht, daß sich vor der Explosion der Buchhalter der Firma in dem zerstörten Gebäude aufgehalten haben könnte. Im Zuge der Aufräumarbeiten und Nachlöscharbeiten wurde von der Hundestaffel des Roten Kreuzes mit vier Hunden nach dem vermeintlich Verunfallten gesucht. Nachdem sich der Gesuchte im wohlbehaltenen Zustand von seiner Wohnung aus gemeldet hatte, wurde die Suche eingestellt.

Aus nicht feststellbarer Ursache waren am 10. Jänner in 6, Mariahilfer Gürtel 28, 100 m² des Mansardendachstuhles eines viergeschossigen Wohnhauses in Brand geraten. Bei Ankunft der Feuerwehr befand sich das gesamte Gebälk des mit Blech gedeckten Dachstuhles in Vollbrand. Durch den Aufzugsschacht waren glimmende Holzteile auf die Decke des Abstellraumes eines Möbelgeschäftes gestürzt, wodurch es zur Entstehung eines Se-

kundärbrandes in diesem gekommen war. Der Brand begann bereits auf eine Wohnung und auf Büroräume eines Architekturbüros im 4. Stock überzugreifen. Der Dachbrand wurde umfassend mit sechs Rohren bekämpft, wovon vier unter Atemschutz über das Stiegenhaus und je eines über die Drehleiter/Mariahilf in 6, Wallgasse 39, und über die Drehleiter/Hernalis in 6, Mariahilfer Gürtel 28, vorgenommen wurden. Die Decke der Wohnung war durch die Brandeinwirkung zum Einsturz gekommen. Die Wohnungsinhaberin wurde in Sicherheit gebracht, die Möbel konnten in einen Abstellraum des Architekturbüros geschafft werden. In den Büroräumen wurden vor Beginn der Löscharbeiten die wichtigsten der nicht transportablen Büromaschinen abgedeckt. Die Gaszufuhr zum Wohnhaus mußte vom Gebrechendienst der Gaswerke gesperrt werden. Die Löscharbeiten gestalteten sich wegen der Vereisung des Daches durch gefrierendes Löschwasser und durch den starken Qualm äußerst schwierig. Um in dieser Situation einen Absturz eines Feuerwehrbeamten hintanhalten zu können, wurden Rettungsleinen zur Sicherung gespannt und exponiert eingesetzte Feuerwehrbeamte mit Leinen gesichert. Der Sekundärbrand im Abstellraum des Möbelgeschäftes konnte mit einem Rohr gelöscht werden.

In dem im Keller gelegenen Heizraum des Gebäudes in 3, Rennweg 25, war am 15. Jänner ein Brand ausgebrochen. Da die Türen offenstanden, hatte sich der Qualm des brennenden Öles in alle Stiegenhäuser und Gänge ausbreiten können. Bei Ankunft der Feuerwehr waren der Keller sowie die Stiegenhäuser und Gänge von undurchdringlichem Qualm erfüllt. Weiters drang schwarzer Brandrauch aus den hofseitigen Fenstern der Obergeschosse. Im Zuge der ersten Rettungsmaßnahmen wurde von sechs Atemschutztrupps, die über Stiegenhäuser, Drehleiter und Schiebleiter vorgingen, das gesamte Gebäude nach eingeschlossenen Personen abgesehen. Dabei wurden in einem Zimmer im 2. Stock des straßenseitigen Traktes die 23jährige Tochter und die 63jährige Frau des italienischen Botschafters angetroffen und wohlbehalten über die Drehleiter gerettet. Gleichfalls in einem Zimmer im 2. Stock des straßenseitigen Traktes wurde ein 24jähriger Mann und dessen gelähmter 62jähriger Vater wohlbehalten vorgefunden. Die beiden Männer wurden unter Aufsicht eines Rettungstrupps der Feuerwehr in ihrem Zimmer belassen. Zwei Personen, die in einem Raum im 2. Stock des Gartentraktes eingeschlossen waren, zeigten sich wohlbehalten am Fenster. Sie waren keiner unmittelbaren Gefahr ausgesetzt und wurden lediglich beruhigt. Im Zuge des gleichzeitig vorgetragenen Löschangriffes mußte ein im Innenangriff vorgehender Atemschutztrupp umkehren, da im undurchdringlichen Qualm das Vordringen zum Brandherd nicht möglich war. Der Heizraum wurde daraufhin über ein Kellerfenster mit Mittelschaum geflutet und so der Brand gelöscht.

Wie spätere Untersuchungen ergaben, war am 11. Februar infolge Brandstiftung im Lustspielkino in 2, Johann-Fürst-Platz 1, neben dem Riesenrad ein Brand ausgebrochen. Bei Ankunft der Feuerwehr drang aus der gesamten Dachkonstruktion mit weicher Dacheindeckung sowie den Fenstern und sonstigen Öffnungen dichter Rauch. Nach gewaltsamem Eindringen über den Haupteingang und Vornahme von zwei Rohren unter Atemschutz in den Kinosaal wurden dort mehrere kleine Brandherde festgestellt und abgelöscht. Da durch die Verqualmung kein Zugang zu den oberen Räumen gefunden werden konnte, wurde ein Wendestrahrohr über eine Drehleiter in Stellung gebracht und versucht, das Dach zu kühlen; außerdem wurde Alarmstufe 2 ausgelöst. Nach Sicherung der Wasserversorgung durch Herstellen mehrerer Zubringleitungen wurde ein Wasserwerfer eines Großtanklöschfahrzeuges in Stellung gebracht und der inzwischen durch das Dach gebrochene Brand bekämpft. Da inzwischen die Gefahr bestand, daß das Dach in den Kinosaal stürzen könnte, wurden die beiden Rohre zurückgenommen und im Außenangriff bzw. zum Schutz der Umgebung eingesetzt. Von der 2. Löschbereitschaft wurden nach gewaltsamem Öffnen von Zugängen an der Gebäudelängsseite und an der Vorderfront je ein Rohr unter Atemschutz vorgenommen. Zwei weitere Rohre, davon eines über eine Drehleiter, verhinderten ein Übergreifen des Brandes auf das Nebengebäude, und zwar auf die Fortuna-Spielhalle. Mit zwei Wendestrahrohren über Drehleitern sowie den Wasserwerfern zweier Großtanklöschfahrzeuge wurde der Brand am Dach bekämpft. Von der 3. Löschbereitschaft wurden die Objekte zwischen Johann-Fürst-Platz und Weg 2 mit vier Rohren vor einem Übergreifen des Brandes durch Funkenflug geschützt. Nach Einsturz des Daches im Bereich des Kinosaales mußten die Wendestrahrohre der Drehleitern zurückgenommen und der Betrieb der Werfer eingestellt werden. Ein weiterer Löschangriff wurde in der Folge über die Seitenstiege zur Galerie bzw. zum Vorführraum vorgetragen. Um die Wasserversorgung aufrechterhalten zu können, mußten auch mehrere Hydranten jenseits der Ausstellungsstraße in Verwendung genommen werden. Dadurch war eine Sperre der Ausstellungsstraße für rund eine Stunde für jeden Verkehr erforderlich. Nach ungefähr zwei Stunden war der Brand lokalisiert. Die Nachlöscharbeiten, die mit vier Rohren durchgeführt wurden, dauerten jedoch noch mehrere Stunden, da in ihrem Zuge auch das Gebälk des eingestürzten Dachstuhles entfernt werden mußte. Insgesamt waren zeitweise bis zu 13 Rohre, 3 Wendestrahrohre über Drehleitern und drei Wasserwerfer im Einsatz.

Aus von der Feuerwehr nicht feststellbarer Ursache war am 12. April in 16, Landsteinerergasse 10, ein größtenteils aus Holz gebautes Werkstätten- und Garagengebäude im Ausmaß von insgesamt rund 500 m² in Brand geraten. Da zwei Wohnungen im 1. und 2. Stock des Nachbargebäudes vom Brandübergreifen bedroht waren, wurde Alarmstufe 2 ausgelöst und in Zusammenarbeit mit der Polizei eine teilweise Evakuierung des Hauses durchgeführt. Von der Hauptinspektion wurde Alarmstufe 3 ausgelöst. Der Löschangriff erfolgte mit insgesamt acht

Rohren, teilweise unter Atemschutz, sowie mit einem Wasserwerfer eines Großtanklöschfahrzeuges. Einige Rohre wurden über das Nachbargrundstück und durch die benachbarten Wohngebäude in 16, Landsteingasse 8 und 12, vorgenommen, um einen Brandübergriff zu verhindern. Nach ungefähr eineinhalb Stunden konnte „Brand aus“ gegeben werden.

Vermutlich durch Brandstiftung waren am 16. Juni Paletten, Bauholz und andere Baumaterialien, die auf einer Laderampe im Frachtenbahnhof Praterstern entlang einer Lagerhalle gelagert waren, an drei Stellen in Brand geraten. Bei Ankunft der Feuerwehr stand das hölzerne Vordach über der Rampe in einer Länge von rund 30 m in Vollbrand. Der Brand hatte bereits durch zwei Holztore auf ungefähr 50 m³ Speditionsgut in die etwa 15 x 30 m große Halle übergegriffen und bedrohte auch eine zweite Halle und einen angrenzenden zwei-stöckigen Bürotrakt. Sofort wurde Alarmstufe 2 und in weiterer Folge wegen des starken Windes und des damit verbundenen Funkenfluges Alarmstufe 3 ausgelöst, der Brand mit drei Rohren im umfassenden Angriff und mit zwei Rohren im Innenangriff unter Atemschutz bekämpft und gelöscht. Mit Hilfe eines Wendestrahldrohres über Drehleiter konnte ein Übergreifen des Dachbrandes von der Halle auf den Bürotrakt weitgehend verhindert werden. Nach Einsteigen über eine Schiebeleiter in den 1. Stock des Bürotraktes wurden mit einem weiteren Rohr Glutnester im Dachbodenraum gelöscht.

Vermutlich durch Selbstentzündung von ölgetränkten Putzlappen auf dem obersten Kernstück der im Bau befindlichen Müllverwertungsanlage der Rinter AG, in 22, Rautenweg 20, waren am 14. Juni rund 5 m² der hölzernen Dachschalung in etwa 60 m Höhe in Brand geraten. Wegen der sich als äußerst schwierig erweisenden Löschaktion und dem herrschenden starken Wind wurde Alarmstufe 2 ausgelöst. Nach Aufsteigen über eine Steigleiter und Aufziehen einer Schlauchleitung zur Spitze der zeltartigen Konstruktion wurde der Brand mit einem Rohr bekämpft und gelöscht. Von der zweiten Löschbereitschaft wurde nach Aufsteigen über die Drehleiter der bis in rund 30 m Höhe reichende untere Teil des Daches im Bereich der Dehnfugen des Sektors „Nordwest“ bis „Ost“ auf der Außenseite untersucht. Zur Sicherung wurde ein Rohr über die Drehleiter vorbereitet, in der Dehnfuge „Nord“ angekohlte Telwolle entfernt. Untersuchungen ergaben keine weitere Gefahr eines Brandes.

Eine entglittene Zigarette, die unter dem Bett gelagertes Zeitungspapier und in weiterer Folge den Teppich in Brand gesetzt hatte, verursachte nach eigenen Angaben des 48jährigen Wohnungsinhabers am 15. August in 11, Lindenbauergasse 72, einen Zimmervollbrand, durch den die Einrichtung zweier Wohnräume vollständig vernichtet wurde. Während der Wohnungsinhaber auf den Gang flüchten konnte, wurde durch Verqualmung des Stiegenhauses mehreren Personen in darüberliegenden Wohnungen der Fluchtweg abgeschnitten. Aus zwei Wohnungen wurden insgesamt vier Personen über Drehleiter in Sicherheit gebracht. Der Brand konnte über Trockensteigleitung mit einem Rohr von innen unter Atemschutz sowie mit einem weiteren Rohr von außen gelöscht werden. Drei Atemschutztrupps wurden zur Durchsuchung und Lüftung des Stiegenhauses und der Wohnungen über dem Brandgeschoß und zur Beruhigung der Hausbewohner eingesetzt. Ein weiterer Atemschutztrupp stieg über Drehleiter in den Brandraum ein. Zugleich wurde über eine andere Drehleiter in drei weitere Wohnungen eingestiegen und diese untersucht.

Auf Grund eines menschlichen Versagens war am 17. August der aus Nickelsdorf kommende Personenzug, bestehend aus einem E-Triebwagen, einem Postwaggon und 10 Personenwaggons, auf Gleis 7 des Bahnhofes Wien-Süd, Halle Ost, mit einer Geschwindigkeit von rund 20 bis 30 km/h auf den Prellbock aufgefahren. Dabei war der Gleisabschluß aus Beton bis zum Sicherheitsprellbock verschoben worden. Der erste Waggon, der Postwaggon, war aus dem Gleis gehoben und vom ersten Personenwaggon unterfahren worden. Das Ende des zweiten Waggons war ebenfalls vom dritten Waggon unterfahren worden. Da sich der Zug bereits im Stationsbereich befand, hatte sich ein Großteil der Fahrgäste zum Aussteigen bereitgehalten. Auf der vorderen Plattform des ersten Personenwaggons waren beim Unfall fünf Personen zwischen den Eisenteilen, zwei weitere Personen im Wageninneren, auf der vorderen Plattform des zweiten Personenwaggons vier Fahrgäste in den Wrackteilen eingeklemmt worden. Beim Eintreffen der 1. Technischen Bereitschaft wurde die oben angeführte Situation vorgefunden. Nach ersten Erkundungen wurde Alarmstufe 2 ausgelöst. Die ersten Sicherungsmaßnahmen bestanden im Einbremsen sämtlicher Waggons, im Stromlosmachen der Oberleitung und in der Vorbereitung von zwei Schlauchleitungen. In weiterer Folge konnten die beiden im 1. Personenwaggon auf der ersten Sitzbank eingeklemmten Fahrgäste mittels Trennschleifer und hydraulischer Rettungsschere aus ihrer Zwangslage befreit und der Rettung übergeben werden. Bis zu diesem Zeitpunkt waren nach Aussage der Rettung ungefähr 30 Leichtverletzte verarztet und abtransportiert worden. Nach teilweisem Heben des Postwaggons mit ÖBB-Hydraulikwerkzeug und unter Verwendung von zehn Trennschleifern, zwei hydraulischen Rettungssätzen, zwei hydraulischen Rettungsscheren, eine Hurst-Rettungsschere und zwei Autogen-Schneidergeräten konnten nach Entfernen der Frontwand des 1. Personenwaggons drei Schwerverletzte, zwei Frauen und ein Mann, aus ihrer Zwangslage befreit und zwei weitere Personen, ein Mann und eine Frau, tot geborgen werden. Während dieser Arbeiten konnten von der 2. Technischen Bereitschaft vier Personen, die auf der vorderen Plattform des zweiten Personenwaggons in den Stahlleitern eingekleidet waren, mit vier Trennschleifern, zwei hydraulischen Rettungssätzen, einer Rettungsschere, zwei Südbahnwinden, 10 t, und einem Autogenschweißgerät aus ihrer Zwangslage

befreit werden. Die weiteren Aufräumungs- und Bergearbeiten wurden durch die Österreichischen Bundesbahnen selbstständig durchgeführt. Insgesamt wurden von der Rettung 144 zum Teil schwer verletzte Personen und drei weitere Personen tot von der Unfallstelle abtransportiert.

Durch die Einwirkungen des Hochwassers war am 1. September ein im Wasserschutzgebiet im Lobauer Hafen abgestellter 1000-t-Öltankkahn leck geworden. Der Tankkahn war von der EBS-Tankerreinigung als Zwischenlager für die bei der Reinigung anfallenden Abfallprodukte verwendet worden und in den Kammern 1, 2, 9 und 10 rund 60 cm hoch mit einer pastösen, nicht pumpbaren Bitumen- und Schwerölmasse gefüllt. Reste dieser Masse befanden sich auch in den Kammern 3 bis 8. Diese Kammern hatten sich durch Wassereintritt infolge der genannten Leckagen zusätzlich mit Wasser gefüllt. Bei einem Ortsaugenschein wurde beschlossen, die emulgierte Flüssigkeit mit betriebseigenen Pumpen der EBS in den Ölabscheider zu fördern. Nach Eintreffen eines Spezialfahrzeuges der Feuerwehr im Ölhafen konnten zwei weitere Pumpen zur Verstärkung eingesetzt werden. Insgesamt konnten somit 350 m³ emulgierte Flüssigkeit aus dem Kahn gepumpt werden. Während der Pumparbeiten wurde aus Sicherheitsgründen eine Ölsperre um das Schiff gelegt. Nach Durchtrennen der Ankerkette mittels Trennschleifer konnte der Anker mit drei Hebeballons von Feuerwehrtauchern geborgen und am Schiff abgelegt werden. Nach Fertigstellen dieser Arbeiten wurde der Kahn mit drei Stahlseilen unterfangen und seitlich an das Motortankschiff der DDSG, MTS Prottes, beigeheftet und in den Freudenufer Hafen überstellt. Zur Sicherung gegen Eindringen großer Wassermassen waren sechs Unterwasserpumpen und sechs Lichtaggregate in Vorbereitung auf dem Schiff aufgestellt. Eine Löschgruppe verblieb während der Überstellungsfahrt auf dem Kahn. Während der Fahrt am Strom wurden zur Verkehrssicherheit das Ölwehrboot und zwei Motorschlauchboote eingesetzt. Unter Mitwirkung der beiden Schlauchboote und einer Motorzille konnte der Tankkahn im Winterhafen auf Hellingwagen aufgelegt und mit Stahlseilen gegen das Ufer gesichert werden. Ein Ausbringen ins Trockene war durch den herrschenden zu niedrigen Wasserstand nicht möglich. Um einer eventuellen Verunreinigung des Hafenbeckens vorzubeugen, wurde das Schiff mit acht Ölsperren, die mit zwei Dritteleinen am Ufer verheftet wurden, eingeschlängelt.

Bei Baggerarbeiten auf einem Baugelände in 23, Akaziengasse 52—54, war durch eine Laderaupe ein im Erdreich befindliches Faß beschädigt worden. Dieses stammte vermutlich aus der Kriegszeit und war mit Chlorsulfonsäure gefüllt. Aus einem rund 10 cm langen Riß war Säure ausgeflossen und in weiterer Folge Nebelgas entstanden. Diese sichtbaren Gasschwaden waren vom Wind bis zu 100 Meter weit getrieben worden. Nach Ankunft der Feuerwehr wurde das Gelände gemeinsam mit der Polizei im Umkreis von 50 bis 100 Metern, unter Berücksichtigung der Windrichtung, abgesperrt. Ein Niederschlagen der zunächst unbekanntenen Gasschwaden mittels Wasserstrahles war auf Grund der dabei entstehenden heftigen chemischen Reaktion nicht möglich. Die Bewohner der angrenzenden Wohnbauten wurden vom dem Notstand in Kenntnis gesetzt und über Megaphon aufgefordert, die Fenster zu schließen. Der Baggerführer, ein Bauarbeiter sowie eine Anrainerin klagten über Halsschmerzen und wurden daraufhin von der Rettung untersucht und in häusliche Pflege entlassen. Mit insgesamt 150 kg Natriumbikarbonat des Schadstoffcontainers wurden der verbleibende Faßinhalt sowie die bereits ausgetretene Säure unter Einsatz eines mit Gasschutzanzügen ausgerüsteten Trupps neutralisiert.

Von der Raffineriestraße kommend war am 9. Oktober ein Satteltankzug bei der Auffahrt zur A 20 zum Knoten Kaisermühlen umgestürzt, seitlich über die Leitschienen gerollt und auf der daneben liegenden Fahrbahn zum Liegen gekommen. Dabei waren sämtliche Domdeckel des Tanks weggerissen sowie mehrere Löcher in den Tank geschlagen worden. Von den 31.000 l Dieseldieselkraftstoff im Tank flossen ungefähr 23.000 l auf die Fahrbahn, von dort beiderseits über die Straßböschung, wobei sie sich über eine Fläche von etwa 1.000 m² Wiesengrund verbreiteten und ins Erdreich einsickerten. Der Fahrer des Satteltankwagens war vor Ankunft der Feuerwehr vom Rettungsdienst abtransportiert worden. Der auf der Fahrbahn befindliche Dieseldieselkraftstoff wurde mit Ölbindemitteln und Sägespänen aufgesaugt, ebenso der noch nicht ins Erdreich gedrungene Diesel in der Wiese. Die noch im Tank befindlichen rund 8.000 l Diesel wurden in ein feuerwehreigenes Tankfahrzeug umgepumpt. Mittels Seilzug eines Kranfahrzeuges und des Teleskopbergekrans wurde der Sattelschleppzug im direkten Zug auf die Räder gestellt, der Tankzug einvernehmlich mit der Polizei am mittleren Fahrstreifen der Brückenauffahrt für den Abtransport durch eine Bergefirma abgestellt.